Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 566. Mittag-Ausgabe. Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 3. December 1867.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 2. December.

9. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10¼ Uhr. Die Tribünen sind überfüllt, am Ministertische: Graf zur Lippe, v. Selchow, v. Roon, v. d. Heydt.

Die Abgg. Kryger und Ahlmann erklären durch Schreiben an das Präsidium den Eid auf die preußische Verfassung nur unter Vorbehalt der nach dem Prager Friedensschluß stipulirten Abstimmung in Nordschleswig leisten zu können. Einen solchen Vorbehalt hält Präsident v. Forckenbeck für unzulässig (Zustimmung rechts) und verweist das Schreiben an die Geschäftsordnungs-Commission zu schleunigem mündlichen Bericht. — Von dem Abg. Francke, unterstützt durch Mitglieder aller liberalen Fractionen, ist beantragt, die Regierung aufzufordern: die in den alten Landestheilen geltenden Gesetze vom 31. October 1848, betreffend die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grund und Boden und vom 7. März 1850, betreffend die Jagdpolizei, auf die Provinz Schleswig-Holstein im verfassungsmäßigen Wege auszudehnen. Das Haus beschließt die Schlußberathung über diesen Antrag. Referent Abg. Dr. Braun (Wiesbaden).

Abg. Lasker zieht vor dem Eintritt in die T.-O. seinen Antrag auf Niederschlagung der Untersuchungen gegen Twesten und Frentzel zurück: „Es war mir bei Einbringung dieses Antrages wesentlich um das Princip zu thun, daß unsere preußische Rechtsprechung frei bleiben solle von einem rechtskräftigen Erkenntniß, das auf einer einschränkenden Interpretation des Art. 84 beruht. Ich hatte mich daher vor Einbringung des Antrages auch an Herrn Frentzel gewandt und von ihm die Antwort erhalten, daß er gegen das ihn verurtheilende Erkenntniß zu appelliren gedenke. Nachdem mir aber bekannt geworden ist, daß Herr Frentzel auf Andrängen seiner nächsten politischen Freunde die Appellation zurückgenommen hat, existirt jetzt ein rechtskräftiges Erkenntniß, und damit ist das principiell allein richtige Motiv für meinen Antrag gefallen.

Abg. v. Hoverbeck. Lasker sei falsch berichtet, ein rechtskräftiges Erkenntniß in der Frentzel'schen Sache sei noch nicht vorhanden, da die Staatsanwaltschaft gegen das Erkenntniß des ersten Gerichtes appellirt habe.

Abg. Lasker erwiedert, daß ihm die Thatsache durch den Abg. Frentzel selbst mitgetheilt sei.

Das Haus tritt in Schlußberathung über den ersten Lasker'schen Declarations-Antrag ein. Der Präsident erklärt zuvörderst, daß eine Verfassungs-Declaration ebenso einer zweiten Abstimmung nach 21 Tagen bedürfe, wie eine Verfassungsänderung. (Zustimmung rechts, die Graf Schwerin ausdrücklich bestätigt.)

Abg. Lasker: Ich bin gleichfalls dieser Ansicht und kann dieselbe durch einen Präcedenzfall unterstützen. (Gelächter rechts. Der Präsident fordert Ruhe). Meine Herren, das war mir unverständlich, was die Herren mir erwidert haben. (Heiterkeit.) Im Jahre 1854 wurde eine Declaration der Verfassung wenigstens formell ebenfalls als eine Verfassungsveränderung betrachtet.

Zur Generaldiscussion melden sich etwa 18 Redner.

Abg. Schulze (Berlin) gegen den Antrag: Der Herr Ministerpräsident hat neulich den Conflict hergeleitet aus dem Ueberschreiten der Redefreiheit unsererseits. Aber Europa weiß, daß er hineingeschleudert wurde in die Volksvertretung durch Verkennung und Verleugnung der wesentlichsten Rechte derselben in Budgetsachen. Die Minister, sagte er ferner, hätten an dem Präsidium keinen Schutz gehabt: aber sie selbst haben diesen Zustand geschaffen durch die Weigerung, sich unter die Handhabung der Geschäftsordnung durch den Präsidenten zu stellen. Wie konnten sie den Schutz des Präsidiums anrufen, während sie ihm zugleich das Recht bestritten, den Mitgliedern des Hauses diesen Schutz gegen die Angriffe vom Ministertische her zu gewähren. So war es denn ganz natürlich, daß Redeblüthen mancher Art von beiden Seiten vorkamen. Man habe die Sache nur zum principiellen Austrag durch die Gerichte bringen wollen, wird uns vom Ministertische gesagt. Da wird aber wieder ein thatsächliches Verhältniß außer Augen gelassen. Als dieser Weg eingeschlagen wurde, m. H., lag eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes in dieser Sache gegen die Ansicht der Minister bereits vor. Ich erwähne das nur, ohne noch einmal darauf zurückzukommen, welche Mittel zur Zusammensetzung des betreffenden Senates des Obertribunals angewendet worden sind. (Der Justizminister Graf zur Lippe tritt ein.) Von einem so gewiegten Juristen, wie der Abg. Braun es ist, hätte ich nicht erwartet, daß er sich den Angriff gegen uns auf so triviale Weise leicht gemacht hat. Er sagte, die Sätze 1 und 2 unseres Antrages ständen miteinander im Widerspruch, denn der erste erkläre eine Interpretation für unnöthig, der zweite aber sage, sie sei schon gegeben. Ja, wo steht denn das? Wir sagen nur, 1) der Artikel bedarf keiner Interpretation, 2) eines Protestes bedarf es auch nicht, denn der ist schon damals eingelegt worden.

Wo steht denn da der Widerspruch? Wir wollen stehen bleiben bei jenem Protest, der allerdings ein Zugeständniß ist, daß man im Augenblicke nicht die Macht habe, Uebergriffen entgegen zu treten, der aber zugleich ein Appell ist des Volkes an seine eigene Zukunft, und der schließlich auch das Einzige ist, was uns übrig bleibt. Man wirft uns vor, wir seien keine Praktiker, aber sobald die Regierung dem Lasker'schen Antrage zustimmt, ziehen wir unsern Antrag zurück und stimmen für jenen. Ich dächte doch, das wäre ein ziemlich praktisches Verhalten, das den realen Erfolg wesentlich vor Augen hat. Aber die Regierung ist gegen den Lasker'schen Antrag; der Herr Justizminister schiebt die Sache auf bis zu ihrem Austrage durch eine rechtskräftige Entscheidung, zu dieser rechtskräftigen Entscheidung, die unter der Einwirkung der Regierung zu Stande gekommen ist. Bis zur Zustimmung der Regierung zu dem Lasker'schen Antrage können wir demselben nur die Bedeutung einer Anregung zuschreiben. Wenn wir eine so pessimistische Ansicht hätten, wie der Abgeordnete Braun sie uns zuschreibt, so würden wir gar nicht in diesem Hause sitzen. Wir, m. H., wir wissen, daß der Sieg der Volkssache in der Entwickelung des norddeutschen Bundes ganz gewiß eine Zukunft hat, aber um ein Stück Hoffnung werden wir allerdings allmälig ärmer, die Hoffnung nämlich, daß diese Entwickelung rasch geschehe, wenn auf Seiten der Vertreter der neuen Landestheile anstatt des zähen Festhaltens an dem Rechte fortwährend die politische Rechnungsträgerei Platz greift. Nur die äußerste Festigkeit im Behaupten unseres Rechtes kann es hindern, daß die Regierung wieder in die alten Conflicte einlenkt. (Bravo links.)

Justizminister Graf zur Lippe: Der Herr Vorredner hat geäußert, auf die Zusammensetzung des höchsten Gerichtshofes sei eingewirkt worden, um einen Beschluß nach einer bestimmten Richtung hin im Sinne der königlichen Staatsregierung zu erzielen; und ferner die Einwirkung der Regierung auf den höchsten Gerichtshof, damit derselbe für ihre Intentionen mitwirke, sei ganz unleugbar. Es sind zwei Beschuldigungen in dieser Aeußerung enthalten. Die eine richtet sich gegen den obersten Gerichtshof und stellt von diesem die Meinung auf, daß er aus Männern zusammengesetzt sei, die nicht ihrer Pflicht, ihrem Eide gemäß als freie unabhängige Männer Recht sprechen in diesem Lande. M. H.! Einen solchen Vorwurf muß ich an dieser Stelle auf das Allerentschiedenste zurückweisen und muß gegen die Tendenz ankämpfen, unseren obersten Gerichtshof durch dergleichen Aeußerungen in den Augen der Nation herabzusetzen. Der oberste Gerichtshof hat sein Ansehen durch jahrelange Arbeit im Lande sich erkämpft, es ist immer seine Aufgabe gewesen, Recht zu sprechen nach seinem Gewissen. Aber wehe dem, der von ihm behaupten sollte, er habe seine Pflicht verletzt! (Gelächter links, Bravo rechts.) Prägnanter noch war diese Beschuldigung gegen die königliche Staatsregierung. Ich muß auch hier dagegen Verwahrung einlegen, daß von ihrer Seite auch nur der Versuch gemacht wäre, auf irgend ein Mitglied des höchsten Gerichtshofes nach irgend einer Richtung hin bestimmend einzuwirken.

Abg. v. Kardorff: Ich und meine Freunde stimmten zunächst für den Guerard'schen Antrag und dann für den Laskerschen, weil wir unseren Standpunkt aus rein praktischen und politischen Motiven gesucht haben. Von diesem aus schien es uns nicht zulässig zu sein, daß die preußischen Abgeordneten in Bezug auf die Redefreiheit schlimmer daran seien, als die Abgeordneten zum Reichstage, etwa nach Analogie der strenger behandelten Soldaten zweiter Klasse (Murren rechts). Diesen Zweck verfolgte sowohl der Guerardsche wie der Laskersche Antrag, wir konnten deshalb für beide Anträge stimmen. Es ist — zwar nicht auffallend, aber doch interessant, daß die Herren von den beiden äußersten Parteien des Hauses gemeinsamen Widerstand leisten. Die Herren auf der rechten Seite hier haben ihre Auffassung über die Sache bisher in Schweigen gehüllt, und sie haben recht daran gethan. (Oh! Oh! rechts), denn es ist mir bekannt, daß sehr Viele dieser Herren recht wohl ihre Zustimmung zum Laskerschen Antrage gegeben hätten, wenn er vom Ministertische ausgegangen wäre. (Widerspruch rechts.) Die Herren von der anderen äußersten Seite, die Herren von der Fortschrittspartei haben nun freilich gesprochen, aber es werden ihr außer den Gründen, die sie ausgesprochen, noch andere Motive untergelegt, die sie nicht ausgesprochen, nämlich, daß sie die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes wünsche, weil er den Keim von Conflicten in sich enthält und die Möglichkeit eines politischen Martyrerthums für sie eröffnet. (Unruhe links). Ich, meine Herren, wünsche solche Conflicte überhaupt nicht, ich wünsche sie aber namentlich in gegenwärtiger Zeit nicht zu haben. Die Stellung der Staatsregierung in dieser Frage erfüllt mich mit lebhaftem Bedauern.

Dasselbe ist aber sehr gemindert worden durch die Auslassungen des Herrn Ministerpräsidenten. Ich habe aus denselben die Zuversicht gewonnen, daß er die ganze Frage einer ernsten Erwägung und Prüfung unterziehen wird, und ich meine, er wird sich der Ueberzeugung nicht entziehen können, daß die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes nur Mißstimmung im Lande erregen kann. Es muß auch der Regierung von zweifelhaftem Werthe sein, wenn Abgeordnete dahin geführt werden, hier Meinungen und Aeußerungen zu verschweigen, um sie in die Reichstagsverhandlungen einzuführen. Ich bin überzeugt, das Resultat wird schließlich das sein, daß die Regierung sich unseren Anschauungen anschließen wird. Die großen nationalen und politischen Ziele, die wir gemeinsam verfolgen, fordern das. (Bravo!)

Abg. Wagener (Neustettin): Man hat in unserm Schweigen eine Anerkennung der gegnerischen Gründe finden wollen, aber wir halten dieselben nicht für vorzüglich, vielmehr für ziemlich schwach, hervorgegangen aus einer Confusion dessen, was bei uns Gesetz ist, und dessen, was Sie als Gesetz wünschen. Der Vorredner wunderte sich darüber, in dieser Frage die beiden äußersten Parteien Hand in Hand gehen zu sehen. Ich finde dies nur natürlich; es sind Diejenigen, welche politische Consequenz zeigen im Gegensatz zu Denjenigen, welche die politische Zweckmäßigkeit auf ihre Fahne schreiben; mit solchen Grundsätzen ist man wohl freiconservativ, aber conservativ ist man nicht. Es ist uns gesagt worden, daß wir den Antrag unterstützen würden, wenn er uns nur von der Regierung vorgelegt worden wäre.

Wir wollen allerdings die Regierung unterstützen, aber wir thun es gerade deshalb, weil sie uns solche Vorlagen nicht macht, weil sie sich weniger in den Fußtapfen der freiconservativen, als der conservativen Partei bewegt. Was den Antrag selbst betrifft, so frage ich Sie, wodurch und durch welche Instanz kann denn der staatsrechtliche Inhalt unserer Verfassung anders festgestellt werden, welches andere Organ haben Sie, als das Ober-Tribunal? Sie selbst verlangen die Emanation eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes, in welchem Sie diesem Gerichtshofe die Entscheidung übertragen wollen und gleichzeitig setzen Sie denselben durch Ihre Reden in den Augen des Landes herab. Das heißt nicht den Rechtsstaat machen, das heißt gemüthliche Anarchie. Die Linke verstehe ich in diesen Bestrebungen wohl, nicht aber, daß die Freiconservativen dieselben unterstützen. Sie selbst haben dadurch, daß Sie in die Reichsverfassung einen andern Wortlaut hinsichtlich der Bestimmungen über die Redefreiheit aufgenommen haben, Zeugniß dafür abgelegt, daß nicht allein diejenige Interpretation des Art. 84 möglich sei, welche Sie demselben geben. Es giebt doch auch auf unserer Seite verständige Leute genug, und Sie dürfen nicht glauben, daß Sie das Monopol des gesunden Menschenverstandes und der politischen Weisheit allein in Erbpacht genommen haben. Nicht durch die Regierung ist der Conflict hervorgerufen worden, sondern durch Diejenigen, welche bei demselben jetzt verspielt haben. Die, welche fortwährend die Indemnität hervorheben und in derselben eine demüthige Bitte um Entschuldigung finden, scheinen die staatsrechtliche Bedeutung des Wortes Indemnität nicht zu kennen; das Gesuch um Indemnität ist nichts anderes als die Erklärung: „Wir würden damals das gethan haben, was Ihr verlangtet, wenn wir das gewußt hätten, was wir heute wissen.“ Ich bitte Sie also, dieses Pferd mit Vorsicht zu reiten, nachdem es Sie im vorigen Jahre so unsanft abgeworfen hat.

Ich bin weit davon entfernt, die Landesvertretung unter den Kreisrichter stellen zu wollen; doch um diese Frage handelt es sich hier gar nicht, vielmehr nur darum, ob die Privilegien des Hauses so interpretirt werden dürfen, daß dadurch Rechte außerhalb des Hauses Stehender verletzt werden. Die Frage wird auch nicht dadurch zum Austrag gebracht, daß man die Presse beschränkt, ich sehe eine befriedigende Lösung vielmehr nur darin, daß wir dem Hause diejenige Jurisdiction über seine Mitglieder verleihen, welche wir den außerhalb stehenden Behörden entziehen; wollen Sie dazu die Hand bieten, so will ich bereitwillig jeden Antrag unterstützen, der eine andere Jurisdiction als die des Präsidenten ausschließt. — Ich glaube in diesen Worten meine Ansichten zur Genüge ausgesprochen zu haben (Ruf: Ja wohl, ja wohl!) — Meine Herren wenn mich Etwas zum Weiterreden reizen kann, so ist es der Umstand, daß Sie mich nicht gern hören; — doch ich will nicht rachsüchtig sein, in der Voraussetzung, daß Sie mir dieselbe Freundlichkeit erweisen werden, die ich Ihnen in meinen Worten gezeigt habe. Ich glaube ohne alle Parteigehässigkeit diese Frage behandelt zu haben, welche mir nicht als ein furchtbares Gespenst erscheint; sobald dieselbe entschieden, und durch die gebräuchliche Maßregel aus der Welt geschafft worden ist, spricht kein Mensch mehr darüber.

Abg. Graf Schwerin: Der Vorredner behauptet, die Angelegenheit nicht als Parteifrage behandelt zu haben. Ich appellire an das Urtheil des Hauses, ob derselbe durch seine Rede dazu beigetragen hat, die Frage als eine rein staatsrechtliche zu behandeln und nicht vielmehr die Parteistimmung noch mehr zu verbittern. — Die erste Session, an welcher die Abgeordneten der neuen Provinzen Theil nehmen, die erste Session nach den großen Ereignissen des vorigen Jahres, eröffnet man durch eine der traurigsten Reminiscenzen aus der Zeit des Conflicts. Doch nicht wir tragen die Schuld daran, man hat uns den Handschuh hingeworfen, und wir mußten denselben aufnehmen, wenn wir nicht die Würde dieses Hauses verletzen wollten. Es handelt sich wesentlich um die staatsrechtliche Stellung des Hauses, um die Frage, ob dasselbe gleichberechtigt neben den Organen der Regierungsgewalt stehen oder zu einer untergeordneten Maschine des Staatsorganismus herabgedrückt werden soll. Wir verlangen eine Gleichstellung mit den Mitgliedern des Reichstages, denn sonst hört der Nutzen auf, den das Haus der Regierung wie dem Lande zu leisten im Stande ist. Was den Standpunkt der Linken betrifft, so stimme ich ihr darin bei, daß es für uns einer Interpretation des Art. 84 nicht bedarf, doch mit dem: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders“ kommt man nicht weiter; ich sehe einen ersprießlichen Ausgang nur auf dem Wege, wie ihn der Lasker'sche Antrag will. Der Herr Ministerpräsident sagte in einer der letzten Sitzungen, die gegen die Regierung beabsichtigten Angriffe richteten sich gegen das constitutionelle Leben des Staates selbst, dadurch aber wird das constitutionelle Leben zumeist gefährdet, daß man willkürlich in die Rechtssphäre eines gesetzgebenden Körpers eingreift und fremde Gewalten hineinzieht, um denjenigen Unbequemlichkeiten zu entgehen, welche mit einem constitutionellen Leben einmal untrennbar verbunden sind. (Bravo links.)

Auch der Ansicht kann ich nicht beitreten, daß die Frage keine praktische Bedeutung habe; ich glaube, das Haus würde seine Stellung aufgeben, wenn es nicht alle Mittel aufbieten wollte, um fremde Eingriffe zurückzuweisen. (Bravo.) Man hat die Ausschreitungen betont, welche namentlich zur Zeit des Conflictes in der Redefreiheit von Seiten der Abgeordneten stattgefunden haben, man darf aber dabei nicht übersehen, daß auch von der Regierung namentlich in den officiellen Schlußreden Vorwürfe gegen das Haus geschleudert würden, die wohl zu reizen geeignet waren. Auch darin gebe ich dem Abg. Schulze Recht, daß die Stellung der Minister zum Präsidium nicht wenig zur Schärfung der Ausdrücke beitrug, denn wenn der Präsident nicht das Recht hat, jeden Redner zur Ordnung zu rufen, so ist eine unparteiische Auffassung unmöglich. Die linke Seite hat erklärt, sie würde sich dem Lasker'schen Antrage anschließen, sobald die Regierung sich bereit erklärt, denselben zu unterstützen, andernfalls aber auf dem Proteste stehen bleiben. Die Regierung hat aber bis jetzt noch gar keine Veranlassung gehabt, eine bestimmte Stellung zu der Frage einzunehmen, und ich kann auch in den Worten des Grafen Bismarck eine Ablehnung des Antrags noch nicht finden. — Was die Ausführungen des Abg. Wagener betrifft, so will ich dahingestellt sein lassen, ob die Regierung sich in den Fußtapfen der Ultraconservativen bewegt; ich selbst bin anderer Meinung; wenn derselbe aber glaubt, daß durch den Ausspruch des Ober-Tribunals die Frage der Redefreiheit ein- für allemal im Princip entschieden sei, so befindet er sich sicher im Irrthum. Alle Gerichte des Landes haben die Interpretation des Art. 84, wie wir dieselbe verlangen, aufrecht erhalten, und auch das Ober-Tribunal hat diese Ansicht stets getheilt, bis sich dieselbe nach Hinzuziehung der zwei Hilfsarbeiter änderte. (Lebhaftes Bravo.)

Ich verwahre mich dagegen, als wollte ich der damaligen Zusammensetzung des Gerichtshofes eine Absicht unterlegen, hat aber die Regierung durch diesen Beschluß die Garantie und die Gerichte die Verpflichtung, in jedem späteren Falle an dieser einmaligen Entscheidung festzuhalten? ich glaube vielmehr, die Frage wird in jedem einzelnen Falle von Neuem entschieden werden müssen, und damit fällt auch die hier für die Regierung vorgebrachte Entschuldigung, als wäre es ihr nur darum zu thun gewesen, die Frage principiell entschieden zu sehen. — Wenn wir die Würde des Hauses aufrecht erhalten und die Hand zum Frieden bieten wollen, so ist es unsere Schuldigkeit, den Weg zu betreten, auf welchen uns der Lasker'sche Antrag hinweist.

Der Präsident theilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht sei. Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Virchow: Der Abg. v. Kardorff glaubte außer den von uns angegebenen Gründen für unsere Stellung noch ein anderes Motiv uns unterlegen zu dürfen, daß wir nämlich den Conflict aufrecht erhalten und uns dadurch ein wohlfeiles Märtyrerthum sichern wollten. Abgesehen davon, daß ein solches Märtyrerthum nicht immer bequem ist, weise ich diese Insinuation zurück, welche um so weniger aufgestellt werden konnte, als durch den Wortlaut unseres Antrages, sowie durch die Ausführungen des Abg. Löwe genügend constatirt ist, daß auch wir eine Ausgleichung wünschen. Die Freunde des Lasker'schen Antrages, welche unsere Zustimmung zu demselben wünschen, sollten sich doch sagen, daß sie in uns keine geeigneten Bundesgenossen gewinnen würden, denn die Regierung wird dem Beschluß gewiß nicht deshalb beitreten, weil auch wir dafür gestimmt haben, die Annahme ihrerseits wird vielmehr leichter erfolgen, wenn diese böse Seite nicht betheiligt ist. Unbegreiflich aber ist mir die Vertrauensseligkeit, die die Zustimmung der Regierung gleichsam wie einen deus ex machina erwartet, welcher die Frage löst. Derjenige, welcher die Seele des Ministeriums bildet, ist selbst Veranlassung gewesen, daß die Frage verfolgt wurde, verfolgt über die vorjährigen Ereignisse, über die Indemnität hinaus, es gehörte also schon ein sehr großes Maß von Vertrauen dazu, die Bereitwilligkeit zur Annahme unseres Beschlusses vorauszusetzen, unverständlich aber ist es, darauf jetzt noch zu hoffen, nachdem der Graf Bismarck gesprochen und seine Bedingungen genannt hat. Der Abgeordnete Wagener, der ihm näher steht, hat uns heute noch einen anderen Modus in Aussicht gestellt, jedenfalls also werden Sie nur Etwas erreichen, wenn Sie sich andere Beschränkungen auferlegen lassen; von der Erlangung der geforderten Redefreiheit hat Herr v. Bismarck kein Wort gesagt, vielmehr haben die beiden Minister, welche als Mitglieder des Abgeordnetenhauses zugegen waren, bis zum Schluß ausgehalten, um bei der Abstimmung durch ihr Nein noch jeden Zweifel über ihre Ansicht zu beseitigen.

Man glaubt, durch die Annahme des Lasker'schen Antrages die Hand zur Ausgleichung zu bieten; wenn Sie das bezwecken, so giebt es ganz andere Wege — z. B. eine Adresse an den Souverän — welche geeigneter sind, eine Brücke zu schlagen, als dieser Antrag, der einen Zwang der Entscheidung herbeiführt. Die Würde des Hauses ist gefährdet, so lange die volle Redefreiheit nicht besteht, und sie findet nur ihre Ergänzung in der Aufrechterhaltung der Würde der Person, indem jeder Redner, unbekümmert darum, ob ein Obertribunalsbeschluß besteht oder nicht, seine Meinung offen ausspricht. Diesen Weg werden wir betreten, und von diesem Standpunkte ist für uns die Frage gleichgiltig, wenn es auch dem Lande nicht gleichgiltig sein kann, ob man seine Abgeordneten ins Gefängniß wirft oder nicht. Wir halten diesen Weg aber auch für den einzigen, der geeignet ist, uns unser Recht wiederzugewinnen, denn die Regierung muß sich sehr bald selbst sagen, daß eine gerichtliche Verfolgung das allergehässigste Mittel ist, um einen Conflict zum Austrag zu bringen. — (Ein Abgeordneter, der in diesem Augenblick aus der Restauration kommt, fragt mit ziemlich lauter Stimme: „Ist es schon alle?“) Nein, m. H., es ist noch nicht alle. (Große Heiterkeit). — Wenn Sie die in England geltenden Bestimmungen auf unsere Verhältnisse übertragen wollen, so sorgen Sie dafür, daß jeder Redner, auch der Minister, sich dem Präsidium des Hauses unterordne; die Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten, in der er von sich rühmt, ein besonders fein ausgebildetes Gefühl für die Gleichheit vor dem Gesetz zu besitzen, läßt sich schwer vereinen mit der oft genug gehörten Erklärung, daß die Macht des Präsidenten an jenem Tische seine Grenze habe. Während man das verfassungsmäßig erforderliche Ministerverantwortlichkeitsgesetz nicht in die Wirklichkeit treten läßt, versucht man eine durch die Verfassung ausgeschlossene Verantwortlichkeit der Abgeordneten geltend zu machen: ein solches Verfahren beweist keine Achtung vor dem bestehenden Gesetz, sondern führt zu einer allgemeinen Rechtsunsicherheit, und wenn der Herr Ministerpräsident trotzdem das feine Rechtsgefühl für sich in Anspruch nimmt, so überlasse ich die Erklärung den Abgeordneten aus den neuen Provinzen. (Bravo links.)

Abg. Haack: Der Abg. Schulze behauptete, sein Antrag sei so sachgemäß, daß selbst kein Jurist im Stande sein würde, denselben als unpraktisch nachzuweisen. Da ich selbst Jurist bin, will ich es trotzdem versuchen. Der Artikel 84, wie wir alle ihn auffassen, schließt eigentlich jede Competenz der Gerichte und der Staatsanwaltschaft aus; es ist nun aber Thatsache, daß sich trotzdem ein Gerichtshof gefunden hat, der sich für competent erklärt, und in einem solchen Falle ist der Weg der Gesetzes-Declaration der einzig mögliche und nothwendige. Durch die motivirte Tagesordnung werden Sie sicher nichts erreichen, und wenn das Abgeordnetenhaus im Jahre 1866 Verwahrung einlegte, so können Sie auf derselben jetzt nicht mehr stehen bleiben, nachdem sich die Verhältnisse vollkommen geändert haben. Sie stellen sich damit auf einen sterilen Boden; entsagen Sie dem Bündniß mit dem Abg. Wagener oder Ihre Wähler werden über Sie selbst zur Tagesordnung übergehen.

Abg. v. Scheel-Plessen: Mit Stolz erfüllt mich das Bewußtsein, daß ich theilnehmen kann an der Gesetzgebung eines großen und mächtigen Landes, und dieses Gefühl ist um so natürlicher, wenn man vorher einem Staate angehörte, in dem man nur ein verkümmertes Dasein führen konnte. Es waren Jahre des Druckes und des Kampfes für die nationale Existenz und ihnen folgte eine Zeit der Ungewißheit über das Schicksal, welches unsere Heimath erfahren würde, bis endlich der glückliche Augenblick eintrat, in welchem wir theilnehmen durften an dem großen Staatsleben unseres neuen Vaterlandes. Die erste Begrüßung, welche uns hier ward, waren Worte des Vertrauens, die uns in der Thronrede entgegentraten, nicht aber, wie die Vorredner behaupteten, ein Auftreten, welches unser Gefühl des Stolzes herabzudrücken im Stande wäre.

Was ist denn geschehen, was zu diesem Ausdrucke berechtigt? Es ist ein Urtheilsspruch gefällt gegen einen Mann, der sich große Verdienste erworben haben soll; ich will dieselben nicht schmälern, doch das, was dem Urtheilsspruch zu Grunde lag, und was von den Gerichten als Verleumdung anerkannt ist, kann man sicher zu diesen Verdiensten nicht rechnen. Aber wäre das Bild jener Zeit geeignet, unser gehobenes Gefühl herabzudrücken, die nicht aufbaute, sondern zerstörte, und die nur das Gute hatte, der Regierung Gelegenheit zu geben, ihre härteste Probe zu bestehen. Man wundert sich, daß trotz der vorjährigen Ereignisse die gerichtliche Verfolgung nicht sistirt worden sei. Wenn während des Krieges alle Zweige der Verwaltung ihre Functionen ruhig weiter ausübten, warum sollte es nicht die Justiz? Das gerade war ja das Großartige jener Zeit, daß trotz des gewaltigen Krieges Alles seinen gewöhnlichen, ruhigen Fortgang nahm. Ich zweifle nicht, daß Jeder von Ihnen der Regierung gern die Hand zum Frieden bietet; wie könnte auch ein Preuße anders fühlen, einer Regierung gegenüber, die sein Vaterland zu solcher Höhe emporgehoben hat (Bravo rechts), aber dann geben Sie den Kampf um Worte auf, der bereits thatsächlich entschieden ist. Warum wollen Sie das Privilegium der Verleumdung. Einer Ihrer Redner aus dem Jahre 1848, wo man seine Forderungen nicht niedrig stellte, verlangte damals die Redefreiheit mit Ausschluß der Beleidigung der Privatehre, etwas Weiteres ist durch den Obertribunalsbeschluß auch nicht genommen; die Freiheit, die wir brauchen, besitzen wir. (Bravo rechts.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Unsere Situation ist eine sehr schwierige, indem wir eingeklemmt sind zwischen der Rechten und der Linken und so von beiden Seiten attaquirt werden. — Der Abg. Schulze-Delitzsch nun hat geglaubt, uns daran erinnern zu müssen, daß wir lange Jahre zusammengekämpft haben und macht uns einen Vorwurf daraus, daß dies jetzt nicht mehr geschieht. Ja, wir haben zusammengekämpft, unsere Wege aber trennten sich seit dem Frühjahr dieses Jahres, wo wir im Interesse des Zustandekommens

des Bundes auch das Opfer bringen mußten, uns los zu sagen von dieser alten Waffengemeinschaft. Derselbe Herr Abgeordnete hat nun uns, die wir aus den neuen Provinzen gekommen, und mir speciell die norddeutsche Zähigkeit der alten Abgeordneten so sehr angepriesen. Ich selbst bin allerdings kein Norddeutscher, Sie hören bei mir Anklänge an den fränkischen Dialekt; aber der Abgeordnete Schulze ist auch kein Norddeutscher, wie jener etwas thüringische Dialekt Ihnen beweist. Ich bin nun allerdings ein so mangelhaft organisirter Mensch, daß ich kein so heftiges Conflictsbedürfniß empfinde, wie das von einer anderen Seite des Hauses der Fall ist, wo man sich nur wohl zu fühlen scheint, wenn die Gewitterwolken des Conflicts am Himmel stehen, gerade wie die Fischlein im Wasser. — Man hat mir ferner vorgeworfen, ich kenne die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses nicht genau genug. Ich kenne sie allerdings nicht mehr, wie jeder aufmerksame und gewissenhafte Zeitungsleser. Ich habe aber auch nicht das geringste Bedürfniß, diese Kammerverhandlungen zu meiner Tagespostille zu machen, ohne deren Lesen ich nicht ruhig einschlafen könnte. (Heiterkeit.)

Ich habe nicht das Bedürfniß, diesen Conflictsknochen zu conserviren, zumal ich der Ansicht bin, daß er hauptsächlich mit dazu beigetragen hat, die Staatsmaschine auf den einseitigen Standpunkt hinzudrängen, den man ihr oft zum Vorwurf macht. Ich habe allerdings nicht die Ueberzeugung, wie Herr Wagener, daß die gegenwärtige Regierung auf dem altconservativen Standpunkt steht; ich habe vielmehr die Ansicht von unserer gegenwärtigen Regierung, daß sie überhaupt nicht sklavisch in den Fußtapfen einer bestimmten Partei wandelt. Es war aber sicherlich nicht eine bestimmte Partei, welche die Großthaten des vorigen Jahres vollbracht: dies war vielmehr die That des Königs, der Armee und des gesammten Volkes. — Dieser Antrag will verhüten, daß wir die Zukunft Preußens, seine Mission in Deutschland riskiren aus Liebhaberei an Civil- oder Criminalprocessen. Ein politischer Mann muß einen höheren Maßstab anlegen, als der ist, wenn man das Verhältniß des preußischen Landtages zur Staatsregierung nur mißt nach dem Landrecht und der allgemeinen Gerichtsordnung. Gegen unseren Antrag erheben sich gemeinschaftlich die Rechte und die Linke; ich weiß nicht, welcher Partei ich zu dieser Coalition Glück wünschen soll. Die Herren von der Linken sagten heute, sie würden wohl für unseren Antrag stimmen, wenn die Regierung damit einverstanden wäre. Neulich bei der Debatte über die geschäftliche Behandlung des Budgets hat einer dieser Herren aber gesagt: Gerade, weil die Regierung die Vorberathung will, wollen wir sie nicht. — Wo da die Consequenz liegen soll, weiß ich nicht. (Beifall rechts.) — Ich muß nochmals auf die Zähigkeit der norddeutschen Natur des Herrn Schulze zurückkommen. Ich meine nämlich, daß es zur Einheit des Vaterlandes nicht wesentlich beitragen dürfte, wenn man die Unterschiede zwischen Nord- und Süddeutschland, die zum großen Theil eine Ausgeburt der Phantasie sind, so sehr betont.

Auch wir glauben alle an eine Zukunft unseres Vaterlandes; nur ist unsere Zukunft nicht die Ihrige; wir glauben an die Zukunft der nationalen Einheit, die stark genug ist, jeden äußeren Feind zurückzuweisen, gleichzeitig aber die Rechtsordnung im Innern zu wahren. (Beifall rechts.) Wir glauben aber nicht an eine Zukunft, die darauf hinausläuft, aus übermäßigem Freiheitsdrang die nationale Kraft zu paralysiren. Unsere Zukunft basirt nicht auf der Ansicht, einen Föderativstaat aus lauter kleinen Municipien aus Deutschland zu machen, sondern die Constituirng Deutschlands herzustellen auf der alleinigen Basis der Einheit. — Der Abg. Schulze hat gerade uns Abgeordneten aus den neuen Provinzen so viel Ermahnungen gegeben; uns gesagt, wir sollten uns die alten Abgeordneten zum Beispiel nehmen, im Sturme nicht wanken 2c. — Er hat dabei wohl vergessen, daß gerade die alten Abgeordneten uns ein Geschenk gemacht haben, wofür wir ihnen nicht dankbar sind, nämlich daß sie für ein Jahr lang der Regierung die Ermächtigung gegeben haben, in den neuen Provinzen zu schalten und zu walten, wie es ihr beliebt. — Und wenn die Regierung darin nicht weiter gegangen ist und diese Ermächtigung nicht gemißbraucht hat, so haben wir es nicht diesen Herren zu danken, sondern dem Könige und dem Manne, gegen den man eine gewisse Rancune noch immer nicht vergessen kann, der aber in den neuen Provinzen der populärste Mann von ganz Deutschland ist. (Beifall bei den Conservativen.) — Gegen die Stellung der linken Seite dieses Hauses muß ich ein Wort von Percy citiren, das dieser Heißsporn seiner edlen Gattin zuruft, die ihn ermahnt, sich passiv zu verhalten, zur motivirten Tagesordnung überzugehen, auf dem Protestſtandpunkt zu verharren: „Ist diese Zeit denn angethan dazu, daß man mit Puppen spiele und mit Lippen fechte?"

Sie sagen: „Es gebe kein Organ, das interpretiren dürfe;" ich sage: Es giebt ein anderes Organ, das nämlich, welches der Lasker'sche Antrag anruft: „der König im Parlament". (Beifall rechts.) Von der rechten Seite nun wird das Wort Verleumdung so sehr betont; die Behauptung unwahrer Thatsachen als nicht erlaubt hingestellt. Da muß ich denn doch darauf aufmerksam machen, daß in der Rede von Twesten, um die es sich handelt, auch nicht eine einzige Stelle incriminirt worden ist, die eine Thatsache enthält, sondern lediglich immer die daraus gezogenen Urtheile. — Nach der Theorie dieser Herren müßte ja auch der Staatsanwalt als Verleumder bestraft werden, der einen Angeklagten einer Missethat beschuldigt, von der ihn das Gericht freispricht. — Bei dem Urtheil über die Rede eines Abgeordneten kommt es vor allen Dingen darauf an, ob derselbe aus der innersten Ueberzeugung spricht, um das Wohl des Vaterlandes zu fördern; das kann aber kein Stadtrichter, kein Hilfsrichter, kein Obertribunal entscheiden, sondern nur das Haus selbst. Wenn man die Theorie der Herren von der Rechten befolgen wollte, müßte man gegen jeden Abgeordneten eine Procedur anstrengen, der einen Tadel gegen die Regierung oder irgend eine Behörde ausspricht. Wenn das aber geschieht, welchen Werth hat dann noch das Lob, die Unterstützung der Regierung von Seiten des Landtages? Wo es nicht erlaubt ist zu tadeln, ist auch das Lob unschicklich, oder, wie Cicero sagt: „Nec laudare possum, nec vituperare licet." (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Der Schluß der Generaldiscussion wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Kardorff: Dem Abg. Wagener sage ich bestens Dank dafür, daß er die Linie gründlich präcisirt hat, die seine und unsere Partei trennt. Ob die freiconservative Partei noch das Recht hat, das ihr Herr Wagener abspricht, sich eine conservative Partei zu nennen, überlasse ich dem Urtheile des Landes.

Abg. Schulze-Berlin: Ich habe eine persönliche Bemerkung gegen den Herrn Justizminister zu machen, den ich zu meinem Bedauern nicht auf seinem Platze sehe. (Der Justizminister hatte nämlich sofort, nachdem er zu Anfang der Sitzung gesprochen, das Haus verlassen und kehrte nicht wieder zurück. Bei seinem Weggange drückte er dem Kriegsminister herzlich die Hand.) Der Herr Justizminister überschätzt nämlich meine Meinung von seiner Leistungsfähigkeit in sehr hohem Grade, wenn er glaubt, daß ich gesagt hätte, daß er einen directen Einfluß auf das Urtheil des Obertribunals ausgeübt hätte. Ich habe nur hinweisen wollen auf die bekannte Operation mit den Hilfsrichtern (Beifall links), durch die das Urtheil zu Wege gebracht worden ist. — Sodann muß ich mich gegen den Ausspruch des Abg. v. Kardorff verwahren, der meint, daß mir am wenigsten ein Urtheil über die Frage zustände, weil ich einer bestimmten Partei angehört hätte. Ich rechne es mir natürlich stets zur Ehre, Mitglied dieser Partei gewesen zu sein, und glaube, daß in dieser Frage jeder, der überhaupt urtheilen konnte und wollte, zu einer Partei sich stellen mußte. — Der Herr Abgeordnete v. Kardorff scheint mir ferner besonders qualificirt zu sein für das Amt, geheime Motive zu entdecken. (Der Präsident ersucht den Redner, in den Grenzen der persönlichen Bemerkung zu bleiben.) Er meinte, daß wir als geheimes Motiv die Sucht nach politischem Märtyrerthum hätten. Ich meine, daß Herr v. Kardorff uns gegenüber, die wir in unserem redlichen Streben um das Volksinteresse unsere Aemter verloren haben, nicht berechtigt ist, in lächerlicher Weise über politisches Märtyrerthum zu sprechen; er sollte damit wenigstens so lange warten, bis er seiner Ueberzeugung wegen zum politischen Märtyrerthum gekommen wäre. (Der Präsident erklärt, daß Redner die Schranken der persönlichen Bemerkungen überschreite.) — Abg. Schulze: Ich bin persönlich dabei genannt worden; ich werde mir jedoch nach diesem Ausspruche des Herrn Präsidenten den Rest meiner Bemerkungen auf die Specialdebatte versparen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Kardorff erklärt, daß er der Fortschrittspartei kein geheimes Motiv untergelegt, sondern nur gesagt habe, daß ihr gegenwärtiger Standpunkt leicht dazu bewegen kann, ihr andere Motive unterzulegen.

Als Antragsteller erhält sodann das Wort

Abg. Lasker: Von der linken Seite des Hauses sind mehrfache Angriffe gerichtet worden hauptsächlich gegen die Mitglieder aus den neuen Provinzen, als ob diese sich nur politischer Rechnungsträgerei hingäben und die Zukunft des preußischen Volkes dabei gefährdeten. Jene Herren scheinen dabei vergessen zu haben, daß diese neuen Abgeordneten in jedem der Länder, aus dem sie stammen, mit gleicher Zähigkeit und mit gleichem Muthe den Kampf gegen ihre damaligen Regierungen, in Hannover, in Nassau, in Kurhessen, geführt haben, und ich glaube, daß es richtiger ist, wenn wir sagen, daß wir daraus von ihnen noch etwas hätten lernen können, als daß wir mehr geleistet hätten, wie sie. — Sehen Sie doch einmal unser Wahlresultat an, welche Kammer hätten wir, wenn nicht gerade durch die neuen Provinzen die liberale Seite bedeutend gestärkt worden wäre? Solche Angriffe muß ich deshalb auf das Entschiedenste zurückweisen. — Ich muß mich nun aber gegen Herrn v. Scheel-Plessen wenden. Dieser Herr ist ganz neu hineingekommen in unsere Verhältnisse und maßt sich ein absprechendes Urtheil an über eines der bedeutendsten und verdientesten Mitglieder dieses Hauses. (Ruf von rechts: Zur Sache!) M. H., ich habe das Recht und die Pflicht, die Ehre meines abwesenden Freundes zu wahren gegen die von Herrn Scheel-Plessen erhobenen Angriffe; die Ehre des Mannes, von dem der Herr Ministerpräsident selbst gesagt hat, nachdem die Reden gehalten worden sind, um die es sich hier handelt, daß Twesten nie anders als im patriotischen Sinne gesprochen habe. — Herr v. Scheel-Plessen hat aber diese Reden sicherlich nicht gelesen, wenn er zu behaupten wagt, daß Herr Twesten keine Sympathien für die wahren Interessen des Vaterlandes habe, wenn er zu behaupten wagt, daß Twesten verleumderisch gesprochen habe.

Präsident v. Forckenbeck: Wenn der Abgeordnete von Scheel-Plessen die Worte gebraucht hätte, die der Herr Vorredner eben citirt, würde ich ihn sicher zur Ordnung gerufen haben; ich habe aber genau gehört, daß derselbe nur gesagt hat: „Reden, von denen das Gericht geurtheilt hat, daß sie verleumderisch seien".

Abg. Lasker (fortfahrend): Nach dieser Erklärung des Herrn Präsidenten freue ich mich um so mehr, daß auch Herr von Scheel-Plessen einen Unterschied macht zwischen Worten, die verleumderisch sind, und solchen, von denen ein Gericht urtheilt, daß sie verleumderisch seien. Sehen Sie sich doch einmal die Anklage und das Urtheil genau an; keine einzige Thatsache ist angeklagt, sondern nur die daraus gezogenen Urtheile. Und im Erkenntniß selbst heißt es: „Nachdem die Rede vorgelesen und die darin enthaltenen Urtheile als verleumderisch gefunden worden sind" (Hört, hört!); dazu kommt, m. H., daß sich der Angeklagte nicht vertheidigen konnte und durfte im Interesse der Würde dieses Hauses, daß er den Beweis der Wahrheit nicht antreten durfte. — Und wer ist nun dieser Herr, der sich eine so absprechende Kritik über Twesten erlaubt? — Es ist eine beinahe historische Person, es ist der Abgeordnete von Scheel-Plessen (Beifall), der in den Jahren 1848—50, als die Herzogthümer um ihre Unabhängigkeit von Dänemark und ihre Zusammengehörigkeit mit Deutschland kämpften, auf der Seite der Dänen gestanden. (Große Bewegung im ganzen Hause; lebhafter Beifall links; Unruhe rechts.)

Es ist dies derselbe Herr, der im Jahre 1863 nach dem Tode des damaligen Königs von Dänemark, als der Instinct des ganzen deutschen Volkes darauf hinausging, die Herzogthümer zu befreien, als das ganze deutsche und preußische Volk sich zusammenraffte zur Erreichung eines großen nationalen Zweckes, der damals nach Kopenhagen eilte zum König von Dänemark. (Ruf links: Pfui! Pfui! Unruhe rechts. Große Aufregung.) Es ist dies derselbe Herr, der noch in diesem Jahre als königlich preußischer Oberpräsident es für gut befunden hat, als ihm in Dänemark vorgeworfen wurde, daß er Verrath geübt habe an Dänemark, zu erklären, daß er stets ein consequenter Vertheidiger der dänischen Interessen gewesen sei. (Große Unruhe rechts; Ruf: Zur Sache. Lebhafte Zustimmung links). Ich bin bei der Sache, wenn ich den Patriotismus des Mannes charakterisire, der es gewagt, Herrn Twesten Mangel an Patriotismus vorzuwerfen. — Dies also, meine Herren, war der Mann, der den Patriotismus und die Verdienste Twestens herabgesetzt. — Und seine Gründe, meine Herren? — Nun, Sie haben sie gehört. Womit vertheidigt Herr von Scheel-Plessen die Fortsetzung des Processes? Mit der erhabenen Erscheinung, daß auch bei großen Ereignissen das Recht nicht zum Stillstehen kommen dürfe, und erinnert dabei an die Unzuträglichkeiten, die entstehen würden, wenn wegen eines Krieges alle Privatansprüche und Civilklagen aufhören müßten. Können solche Analogien auch nur widerlegt werden? (Allseitiger Ruf: Nein! Nein!)

Wer Verstand genug hat, um eine Widerlegung zu begreifen, wenn ich sie geben würde, der braucht eine solche Widerlegung nicht, sondern begreift es schon so. (Beifall.) Daß Herr von Scheel-Plessen sich in dem großen Gemeinwesen jetzt wohler fühlt, glaube ich sehr gern, da er sich ja auch in dem dänischen Gesammtstaat viel wohler fühlte, als in den unabhängigen Herzogthümern. (Beifall.) — Die sogenannten staatsrechtlichen Ausführungen des Herrn Wagener nun enthielten auch nichts Neues; wir haben nur die alten gewohnten Redensarten gehört: da ist wieder das Bild mit dem Pferde, mit dem er aus dem einen Ende der Leipziger Straße in dieses Haus gekommen ist (Beifall.); sodann wieder die alten Redensarten über eine Auffassung der Indemnität, wie wir sie nämlich gar nicht haben. Auch der Widerspruch, den Herr Wagener uns nachzuweisen sich bemüht hat, daß wir die Minister vor dem Obertribunal verantwortlich machen wollten, selbst aber sein Urtheil nicht respectirten, ist nicht vorhanden. Wenn wir die Minister vor den höchsten Gerichtshof stellen wollen, so meinen wir damit keinen Gerichtshof, dessen Entscheidungen durch momentane Zusammensetzung, durch Hilfsrichter und ähnliche Manipulationen herbeigeführt werden, sondern einen von allen äußeren Einflüssen durchaus unabhängigen Gerichtshof, der keiner anderen Autorität unterworfen ist, als der Autorität des Gesetzes. Diese Autorität des Gesetzes nun wollen wir durch unseren Antrag vor den gegenwärtigen Gerichten aufrichten durch eine authentische Declaration des Gesetzes, die selbst Herr Wagener nicht anzuzweifeln versucht hat. Dieser Antrag soll alle die Hindernisse beseitigen, die der Ausführung eines bestehenden Gesetzes entgegengestellt worden sind; ich bitte Sie, mit uns diesen Weg zu gehen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Specialdiscussion. — Das Haus ist jedoch schon unruhig, daß die folgenden Redner im Zusammenhange nicht zu verstehen sind.

Abg. Schulze (Berlin) spricht nochmals gegen den Antrag Lasker und nimmt die Fortschrittspartei gegen die Angriffe in Schutz, die ihr von nationalliberaler Seite, speziell vom Abg. Braun gemacht worden sind. Die Fortschrittspartei sei nicht Schuld daran, daß die königliche Dictatur in den neuen Provinzen eingeführt, sondern gerade diejenigen Herren, die jetzt zur nationalliberalen Partei gehören, und wenn Herr Braun dem damaligen Hause angehört hätte, würde er höchst wahrscheinlich selbst dafür gestimmt haben. — Die Anfeindungen unter den beiden großen liberalen Parteien seien nicht von der Fortschrittspartei ausgegangen, sondern gerade die Nationalliberalen, und speziell Herr Braun hätten dieselben bei ganz geringen Differenzen begonnen. Das von Herrn Braun angesonnene Bündniß mit den Conservativen weise er als vollkommen unberechtigt und als eine absichtliche Verdrehung des thatsächlichen Verhältnisses zurück; die Motive seien doch himmelweit verschieden; und jedenfalls unterscheide sich die Fortschrittspartei mehr von den Conservativen, als ein Theil der Nationalliberalen. Er folgere daraus, daß der Abgeordnete Braun im 3. Berliner Wahlkreis als Candidat der Conservativen aufgestellt war, noch nicht, daß derselbe ein Bündniß mit der conservativen Partei eingegangen sei, bitte denselben aber auch, sich künftig solche Bemerkungen gegen die Fortschrittspartei zu ersparen. — Der Herr Abg. Haack, der da meinte, daß die großen Städte bald auch über die Fortschrittspartei zur Tagesordnung übergehen werden, möge sich nur beruhigen. Er kenne die Intelligenz der großen Städte besser und wisse, daß diesen die gedeihliche Entwickelung des constitutionellen Lebens zu sehr am Herzen liege, als daß sie das Streben hiernach so schnell aufgeben würden.

Abg. Dr. Forchhammer erklärt sich für den Lasker'schen Antrag und ist im Begriff, eine weitläuftige Schilderung über die Stellung der schleswig-holsteinischen liberalen Abgeordneten überhaupt zu geben, wird aber vom Präsidenten mehrfach unterbrochen, da dies nicht in Specialdiscussion gehöre. Redner verzichtet deshalb darauf, fortzufahren, und verspricht, bei nächster Gelegenheit dies nachzuholen.

Der Schluß der Specialdiscussion wird hierauf angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Scheel-Plessen: Ich habe leider die Angriffe des Abg. Lasker gegen mich nicht vollständig gehört, ich kann mir aber denken, was er gesagt hat. Ich habe schon mancherlei früher von ihm gelesen, so daß ich mir wohl vorstellen kann, in welcher Weise er gesprochen hat.

Präsident v. Forckenbeck unterbricht den Redner. Bei den persönlichen Bemerkungen nach der Specialdebatte könne er es nicht erlauben, daß auf die Generaldebatte zurückgegriffen werde. Er bedauert, daß dem Redner durch Zufall die Gelegenheit verloren gegangen sei, sich zu vertheidigen. (Ruf von links: Zulassen!)

Der Präsident erklärt, daß er eine Fortsetzung der persönlichen Bemerkung in diesem Sinne nur zulassen könne, wenn sich kein Widerspruch im Hause dagegen erhebe. Da dies nicht geschieht, erhält das Wort weiter

Abg. v. Scheel-Plessen. (Anscheinend sehr aufgeregt.) Herr Lasker hat gesagt, daß ich die Verdienste eines Mannes, wie Twesten, um den Staat kritisirt hätte. Ich hätte dies wohl thun können, aber ich habe es nicht gethan. Ich habe vielmehr gesagt: „Ich will seine Verdienste in keiner Weise schmälern; aber eine Rede, die der Richter als Verleumdung bezeichnet, ist kein Verdienst." — Herr Lasker hat sodann die Gefälligkeit gehabt, meine Vergangenheit in nähere Erörterung zu ziehen. Es mag sein, daß sie ihm nicht gefällt. Ich aber blicke dessen ungeachtet mit vollkommen gutem Bewußtsein auf diese Vergangenheit zurück und bekenne mich offen zu Allem, was ich gethan habe. Wenn er nun geglaubt hat, mir einen Vorwurf daraus zu machen, daß ich in den Jahren 1848—1850 auf der Seite der Dänen gestanden, so irrt er sich in meinen Begriffen von Recht und Sittlichkeit, der König von Dänemark war mein König und Herr, und ich habe an der Seite meines Königs gestanden. (Beifall rechts.) Herr Lasker hat mir ferner den Vorwurf gemacht, daß ich 1863, als der „Instinct" durch das deutsche Volk ging, die Herzogthümer von Dänemark zu befreien, zum Könige von Dänemark ging und ihm meine Dienste angeboten. Ja, m. H., ich bin allerdings 1863 in Kopenhagen gewesen auf der Seite des Königs (hört! hört!) und ich rechne mir dies als große Ehre an.

Ich wurde damals bezeichnet als Haupt der Opposition. Und wenn der König mich damals als Haupt der Opposition zu sich rief und ich wäre nicht gekommen, was hätte Deutschland, was die Welt dazu gesagt? Diesem Vorwurf konnte ich mich nicht aussetzen. — Als ich nun später einmal in Dänemark war, ist es mir ergangen, wie es ja vielen Leuten ergeht, daß ich von Zeitungsschreibern und dergleichen angegriffen worden bin; ich wurde in Dänemark ein Landesverräther genannt. Dergleichen wollte ich nicht gern auf mir sitzen lassen. Ich setzte mich deshalb mit einem Rechtsgelehrten in Verbindung; dieser rieth mir aber von der Anstellung von Injurienklagen ab, da Jahre darüber hingehen könnten, ehe ein Erkenntniß zu erlangen wäre, ich selbst auch nicht Zeit genug dazu hatte, mich mit den Einleitungen und Erhebungen zu jenem Processe zu beschäftigen. Ich entschloß mich deshalb, den mir gemachten Vorwurf durch eine Erklärung zurückzuweisen. In dieser Erklärung führte ich aus, daß es nicht die Partei, zu der ich gehörte, sondern eine andere Partei in Dänemark sei, die das ganze Unglück Dänemarks verschuldet und erinnerte daran, daß ich stets auf dem Standpunkte des Gesammtstaats gestanden habe. — Und daß ich das thun mußte, war selbstverständlich; denn so lange ich einem Könige angehöre, der mein König ist, diene ich ihm treu, und das habe ich gethan. (Beifall rechts.) Jeder Vorwurf dieserhalb kann mich nicht verletzen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Der Abg. Schulze hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich gegen ihn in Berlin candidirt habe. Die Thatsache besteht darin, daß einige Wahlmänner ohne mein Zuthun mir das ziemlich aussichtslose Vergnügen gemacht haben, mir ihre Stimmen zu geben. Das war wohl kein Grund, die Schale des Zorns und der sittlichen Entrüstung über mein Haupt auszugießen. (Heiterkeit.)

Abg. Lasker ist sehr erfreut, daß Herr v. Scheel-Plessen die Richtigkeit der von ihm erwähnten Thatsachen durchweg bestätigt hat, wird aber an der weitern Ausführung seiner persönlichen Bemerkung durch den Präsidenten verhindert.

Abg. Schulze verwahrt sich gegen das Mißverständniß des Abg. Braun.

Es kommt zur Abstimmung, zuerst über die motivirte Tagesordnung der Fortschrittspartei, die, wie in der Vorberathung, mit großer Majorität abgelehnt wird (für dieselbe, wie damals, nur die Fortschritts-Partei und einige Mitglieder des Centrums); sodann, da der Antrag auf Verfassungs-Aenderung seitens v. Guerard's und der Freiconservativen heute nicht erneuert ist, zur namentlichen Abstimmung über den Declarations-Antrag des Abg. Lasker, und wird derselbe mit 188 gegen 174 Stimmen zum zweiten Male genehmigt. (In der Vorberathung erfolgte die Annahme mit 181 gegen 160 Stimmen.) Die Parteistellung ist heute genau dieselbe wie damals, und die Differenz in den Ziffern ist nur durch zufällige Anwesenheit und Abwesenheit einzelner Mitglieder zu erklären.

Abg. Twesten wohnte auch der heutigen Sitzung nicht bei; auch Abg. Graf Renard, der in der Vorberathung den Antrag Lasker's lebhaft unterstützt hatte, fehlte heute.

Finanzminister v. d. Heydt legt einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Uebernahme einiger Passiv-Capitalien der neuen Provinzen im Betrage von 3,407,000 Thlr. nebst einer ihre Entstehung erläuternden Denkschrift. — Die Vorlage wird an die Finanzcommissionen verwiesen.

Der Präsident will in die Vorberathung des Budgets eintreten, aber aus allen Theilen des ziemlich dunkel gewordenen Hauses ertönt der Ruf: Vertagen! Um 2¼ Uhr wird die Vertagung beschlossen.

Nächste Sitzung Dinstag 10 Uhr. (Tagesordnung: Etat der Domänen und Forsten, Wahlprüfungen.)

Berlin, 2. Dec. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem fürstlich von Hatzfeldtschen Kameral-Director Seitz zu Trachenberg im Kreise Militsch und dem Apotheken-Besitzer Friedrich Christian Kemper zu Osnabrück den kgl. Kronen-Orden 4. Klasse, dem Schulzen Gottlieb Parnow zu Laase im Kreise Fürstenthum, dem Schullehrer Wilken zu Wachendorf, Amts Syke in der Provinz Hannover, und dem Stallbedienten bei der Thierarzneischule in Berlin, Johann Kuwall, das allgemeine Ehrenzeichen, sowie dem Eigenthümersohn Johann Friedrich Wilhelm Robert Lubitz zu Altgurkowschbruch im Kreise Friedeberg, Regierungs-Bezirk Frankfurt, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Landrathe, Grafen Otto Rudolph Vitzthum von Eckstädt zu Sagan die Kammerherrn-Würde; und dem praktischen Arzt 2c. Dr. Zembsch in Gnadenfrei den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der Baumeister Rhese zu Danzig ist zum kgl. Kreisbaumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeisterstelle zu Kosten verliehen worden. — Der Rechtsanwalt Lübbes in Altona ist zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Kiel, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Altona, ernannt worden.

Berlin, 1. Dec. [Se. Majestät der König] empfingen um 10 Uhr Se. königliche Hoheit den Kronprinzen, Höchstwelcher heute Morgen von Schlesien zurückgekehrt ist, nahmen um halb 12 Uhr die Monats-Rapporte des Garde du Corps Regiments, des 1. Garde-Regiments z. F. und des Garde-Artillerie-Feld-Regiments aus den Händen der betreffenden Regiments- resp. Compagnie-Commandeure entgegen und ertheilten danach um 12 Uhr dem königlichen Gesandten im Haag, Grafen Perponcher, eine Audienz. Um halb 1 Uhr empfingen Se. Majestät den Major im Generalstabe Grafen Waldersee aus Hannover.

— 2. Decbr. [Seine Majestät der König] nahmen um ½11 Uhr den Vortrag des Geh. Cabinets-Raths von Mühler und um 11 Uhr im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen. Um 12 Uhr machten Seine Majestät eine Spazierfahrt und empfingen nach der Rückkehr um 1 Uhr die Vorträge des Kriegsministers und des Generals von Treskow.

[J. Maj. die Königin,] welche vorgestern Abend aus Weimar hier eintraf, wohnte gestern, am ersten Advent-Sonntage, dem Gottesdienste im Dome bei und empfing die Prinzen und Prinzessinnen des königl. Hauses.

[Se. k. Hoh. der Kronprinz] ist Sonntag, den 1. December, Früh, von Schlesien zurückgekehrt. Derselbe stattete im Laufe des Vormittags Ihren Majestäten dem Könige und der Königin Besuche ab und fuhr um 12 Uhr nach Potsdam und dem Neuen Palais. Im Laufe des Nachmittags kehrte Se. k. Hoheit nach Berlin zurück, um mit den Majestäten zu diniren. Nach beendigtem Diner begab sich derselbe wieder nach dem Neuen Palais. (St.-Anz.)

[Der Ausschuß des norddeutschen Bundesrathes] für Eisenbahnen, Post und Telegraphen versammelte sich heute zur Berathung über Postbetriebs-Verhältnisse auf Eisenbahnen, sowie über die drei kürzlich von dem norddeutschen Bunde abgeschlossenen Postverträge.

Ferner berieth der Ausschuß für Handel und Verkehr über das Bundesconsulatswesen. (St.-A.)

= **Berlin**, 2. Decbr. [Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Wider Erwarten gelangte das Haus der Abgeordneten heute noch nicht zur Vorberathung des Budgets, die Schlußberathung des Lasker'schen Antrages auf Declaration des Artikels 84 nahm eine Ausdehnung und einen Charakter an, welche zu der erregtesten und bewegtesten Sitzung seit Beginn des Landtages führte. Es bezogen sich die Erörterungen in erster Linie eigentlich auf die Stellung der Parteien im Hause zueinander; es war eine Auseinandersetzung zwischen Fortschrittspartei und Nationalliberalen durch Schulze (Delitzsch) und Braun (Wiesbaden), der heute nicht gerade seinen glänzendsten Tag hatte und mit dem Weihrauch für Verdienste um die neuen Provinzen den Augenblick bei der Stimmung des Hauses durch Vorgänge der letzten Tage nicht gerade günstig gewählt haben mochte, zwischen Freiconservativen und Conservativen. Endlich gipfelte das Interesse der Sitzung durch die Art, wie sich der vielgenannte Oberpräsident von Schleswig-Holstein Baron Carl Scheel-Plessen einführte und mehr noch durch die scharfe und geistvolle Abfertigung, welche ihm gebührendermaßen und unter dem stürmischen Beifall des Hauses der Abg. Lasker zukommen ließ. Es gehört in der That ein ganz ansehnlicher Grad von Selbstverehrung dazu, mit einer Sicherheit, wie sie der Abg. Scheel-Plessen an den Tag legte, vor die preußische Landesvertretung zu kommen und ihr als neues Mitglied aus einer neuerworbenen Provinz im breiten, hochpathetischen pastoralen Styl und Ton eine Art von Strafpredigt zu halten, dabei vor der Macht eine tiefe Reverenz zu machen, wie man es früher vor einer anderen Macht gewohnt war, so lange diese eben galt. An das Naive aber streift es geradezu, wenn man der preuß. Landes-

vertretung zumuthen will, nun auch blindlings in die Fußtapfen der Reverenzmacherei zu treten. Hochaufgerichtet, den rechten Arm auf die Lehne des Sitzes gestützt und den durchbohrenden Blick auf die Linke gerichtet, stand der Oberpräsident da, als ob es gelte den widerhaarigen Sinn einer unzufriedenen Provinz zu beugen, der Beifall seiner feudalen Nachbarn encouragirte ihn zu immer gehobenerem Tone und mit der Miene eines Triumphators verließ er nach der Rede den Saal, wahrscheinlich um sich im Estaminet zu stärken; er ahnte nicht, wie bald die scharfe Kritik seiner Rede folgen sollte. Im Hause aber gab sich bereits eine lebhafte Verstimmung über diese Art des Auftretens zu erkennen. Man steckte im Centrum und auf der Linken bedeutend die Köpfe zusammen und im national-liberalen Lager schien man schnell über unliebsame Eindrücke einzelner Vorredner hinweggekommen. Diese Stimmung fand einen beredten Ausdruck in Lasker's meisterhafter Replik und seiner Beleuchtung der politischen Vergangenheit des Baron Scheel-Plessen, welche das Haus förmlich electrisirte. Wie sehr der Redner damit den Nagel auf den Kopf getroffen hatte, zeigte die übergroße Aufregung, mit welcher Herr v. Scheel-Plessen darauf antwortete und die Metamorphose, welche mit ihm vorgegangen war. Der pastorale Styl, das devote Wesen war verschwunden und an seine Stelle nach einem verunglückten persönlichen Angriff auf Lasker ein kurz angebundener Ton, an Stelle des wohlgeordneten Redebaues waren abgerissene Sätze getreten, alles ad majorem gloriam des Angriffes, den er befestigte statt ihn abzuwehren. Herr v. Scheel-Plessen mag empfunden haben, daß das Abgeordnetenhaus ein heißerer Boden ist, als er sich gedacht haben mochte. Der Vorgang bildete den Gegenstand lebhafter Aufregung, welche sich nach dem Schluß der Sitzung noch in lebhaft plaudernden Gruppen im Saale geltend machte. Lasker wurde nach seiner Rede von vielen Abgeordneten umringt und zu seinem Erfolge gleichsam beglückwünscht.

[Der Justizminister.] Mit großer Bestimmtheit tritt seit gestern die Nachricht auf, daß der Herr Justizminister seine Entlassung zu nehmen beabsichtige (?? D. Red.); eine definitive Entscheidung scheint jedoch bis jetzt noch nicht erfolgt zu sein.

[Der Conflict], welcher zwischen der Budget-Commission und dem Ministerpräsidenten wegen der Aeußerung des Abg. Twesten auszubrechen drohte, scheint nunmehr glücklich beendet zu sein. Ueber den Verlauf der Verhandlungen wird uns von unterrichteter Seite Folgendes mitgetheilt: Der Ministerpräsident hatte das bekannte Schreiben an den Vorsitzenden der Budget-Commission, Abg. Stavenhagen gerichtet, in welchem er sein ferneres Erscheinen in der Commission in Frage stellte. In Folge dessen berief der Abg. Stavenhagen die Commission zu gestern (Sonntag) Vormittag zusammen. Sämmtliche Mitglieder derselben, mit Ausnahme des Abg. Twesten waren erschienen. Bei der Discussion sprachen sich namentlich die Abgg. v. Bennigsen und Grumbrecht, letzterer ganz besonders gegen die Art und Weise aus, wie der Abgeordnete Twesten das Verfahren der Regierung kritisirt habe. Dasselbe könne nicht zu derjenigen Einigung mit der Regierung führen, welche im Interesse des Staatswohles erforderlich sei. Ein Conflict mit der Regierung, namentlich in einer Weise wie in der in Rede stehende, müsse unter allen Umständen vermieden werden. Die Commission schritt hierauf zur Abstimmung über einen Antrag, dahin gehend: „Die Commission habe durch die Wahl Twesten's zum Referenten über das Creditgesetz den von demselben gebrauchten Ausdruck „Vertrauensbruch" sich nicht aneignen wollen." Der Antrag wurde mit 21 gegen 2 St. (Aßmann und Kanngießer) angenommen. Der Abstimmung enthielten sich die Abgg. Frhr. v. Hoverbeck, v. Bockum-Dolffs, Runge und Häbler. Wir hören ferner, daß die Präsidenten v. Forckenbeck und v. Bennigsen gestern persönlich dem Minister-Präsidenten von diesem Beschluß der Commission Mittheilung gemacht und daß derselbe sich mit diesem Beschluß befriedigt erklärt, somit diese Angelegenheit ihr Ende erreicht habe. (Nordd. A. Z.)

Darmstadt, 1. Dec. [Preußische Depesche an Hessen-Darmstadt.] Die „Norddeutsche Allg. Zeitung" sprach neulich von einer Erklärung, in welcher das Präsidium des norddeutschen Bundes sich gegen Darmstadt über dessen Stellung in der römischen Frage geäußert habe. Die „K. Z." ist in den Stand gesetzt, diese Eröffnung hier mittheilen zu können:

Berlin, 24. November

Nach Ew. ꝛc. gefälligem Berichte vom 17. d. M. hat die großherzogliche Regierung eine Einladung zu der von dem französischen Cabinette vorgeschlagenen Berathung der durch die Ereignisse im Kirchenstaate entstandenen Fragen erhalten und, wie sich aus einer Vergleichung der Daten ergiebt, ohne Verzug angenommen. Auch glaube ich aus Ihrem Berichte abnehmen zu müssen, daß die Annahme ohne Reserve erfolgt ist. Ich muß gestehen, daß die Schnelligkeit der Entschließung mich einiger Maßen überrascht hat. Der königlichen Regierung wenigstens hat es die in der Behandlung europäischer Angelegenheiten gewonnene Erfahrung nicht räthlich erscheinen lassen, auf die ihr gleichfalls zugegangene Einladung einen definitiven Entschluß zu fassen, bevor sie über den Charakter der beabsichtigten Verhandlungen und über die Betheiligung anderer europäischer Mächte an denselben nähere Aufklärung gesucht hatte. Wir würden vorauszusetzen geneigt sein, daß die großherzogliche Regierung zur Betheiligung an der Entscheidung über eine europäische Frage berufen, dasselbe Bedürfniß empfinden würde, glauben aber in dem vorliegenden Falle an dieser Voraussetzung nicht festhalten zu dürfen. Denn es ist uns nicht wahrscheinlich, daß die großherzogliche Regierung sich über die Auffassungen fremder, außerdeutscher Mächte vergewissert haben sollte, wenn sie dies gegenüber dem benachbarten und verbündeten Preußen nicht gethan, wenn die Regierung eines Fürsten, welcher Mitglied des norddeutschen Bundes ist, über die Stellung dieses Bundes zur schwebenden Frage keine Erkundigung eingezogen hat.

Die Theilnahme an der Berathung einer europäischen Frage verpflichtet allerdings noch nicht zum Abschluß europäischer Verträge; aber wir erlauben uns die Frage an die großherzogliche Regierung, ob sie, gesetzt, daß sie allein unter den deutschen Staaten die Einladung ohne Reserve annimmt und in Folge dessen zu Conferenz-Verhandlungen mit außerdeutschen Mächten eintritt, ein solches Verhältniß ganz frei von der Gefahr glauben würde, durch dasselbe in Wege geleitet zu werden, welche ihre Politik von der ihrer deutschen Bundesgenossen trennen könnten. Wir vermögen uns des Eindruckes nicht zu erwehren, daß, wenn die großherzogliche Regierung zu schwierigen und noch vor Kurzem an der Schwelle ernster Verwicklungen behandelten europäischen Fragen ihre Stellung nimmt, ohne den Versuch einer Verständigung mit ihren deutschen Verbündeten und dem norddeutschen Bunde, dem Se. kgl. Hoheit beigetreten ist, sie sich mit dem Geiste des Bundesvertrages nicht in Einklang befinde, wobei wir dahin gestellt sein lassen, ob dieses Verfahren und die Consequenzen desselben sich mit dem Wortlaute der Bundesverfassung in Einklang bringen lassen.

Ew. ꝛc. ersuche ich ergebenst, dem Herrn Minister des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten diesen Erlaß vorlesen und auf Verlangen abschriftlich mittheilen zu wollen. (gez.) Bismarck.

Es ist — fügt die „K. Z." hinzu — gerade nicht angenehm, aber sehr nothwendig, ein solches Schreiben aufzusetzen. Herr von Dalwigk sprach freilich schon zu Ende Juni in der Ersten hessischen Kammer von einem für Hessen-Darmstadt noch vorhandenen erheblichen Vorrath von Freiheit der Action. Aber ganz Deutschland ärgert sich, und ganz Europa mit Einschluß von Frankreich lacht über die Eile, welche Hessen-Darmstadt hat, der Welt zu beweisen, daß es noch immer souverain ist. Die Souverainetät der Kleinstaaten, das ist die Abgeschmacktheit, welche Deutschland seit vorigem Jahre abgestreift zu haben glaubt.

Niederlande.

Haag, 28. Novbr. [Zur Ministerkrisis.] Der Minister des Innern, schreibt man der „Köln. Z.", hat nach der Abstimmung der zweiten Kammer, am 26. d., derselben den Beschluß des Ministeriums, seine Entlassung einzureichen, in folgender Weise mitgetheilt:

„Das Votum, welches Sie so eben abgegeben haben über den Abschnitt III. des Budgets, im Zusammenhange mit der vorhergegangenen Discussion, kann nicht anders aufgefaßt werden, als wie eine Verurtheilung der Haltung der Regierung in Bezug auf die Wahrung des Friedens und den Austritt von Limburg aus Deutschland. Diese Meinungsverschiedenheit zwischen der Kammer und der Regierung über eine Frage von dieser Wichtigkeit, hat das Cabinet bestimmt, seine Collectiv-Entlassung anzubieten. In Erwartung der Entscheidung Sr. Majestät bitten wir die Kammer, die Discussion des Budgets auszusetzen."

Die aus diesen Worten hervorgehende Auffassung, welche auch die ministeriellen Journale verbreiten, daß die Kammer das Budget des Ministers des Aeußern verworfen habe, weil der Friede erhalten geblieben und Limburg von Deutschland abgetrennt worden, ist wohl eine irrige. Nicht die Erhaltung des Friedens ist durch das Votum der Kammer getadelt, noch auch Limburgs Ablösung, sondern daß der Minister sich, um eine internationale Sanction der Lostrennung Limburgs (die, wie nachgewiesen, Niemand bestritt und besonders Preußen nicht) zu erlangen, zu weit in die luxemburgische Frage eingelassen und eine Garantie für die Neutralität Luxemburgs übernommen hat, welche die Kammer als ernsthaft gefährlich für die Zukunft des Landes betrachtet.

Haag, 27. Novbr. [Zur Conferenz. — Confessionelles.] Es ist bekannt, schreibt man der „K. Z.", daß auch die diesseitige Regierung zur Beschickung der Conferenz wegen Regelung der römischen Frage von dem französischen Cabinette eingeladen worden ist. Die Landesregierung ist indessen dadurch in eine peinliche Lage gebracht worden weil die confessionellen Verhältnisse der Niederlande der Art sind, daß man in den regierenden Kreisen so wenig als möglich sich mit der römischen Frage beschäftigen möchte. Als die Bulle vom 4. März 1853 die Hierarchie in den Niederlanden wieder herstellte und das Erzbisthum Utrecht mit vier Bisthümern neu gründete, und als diese Bulle in verletzenden Ausdrücken von dem holländischen Volke und seiner Geschichte sprach brach die in der Geschichte des Landes so berühmt gewordene Aprilbewegung aus, welche zum Sturze des Ministeriums Thorbecke führte. Die Ultramontanen und Radicalen gingen dann Hand in Hand. Hierbei zeigte sich die überraschende Thatsache, daß der katholische Clerus, im Gegensatze zu seinem Verfahren in anderen Ländern, mit den Radicalen confessionslose Schulen durchsetzte. Unter den 3½ Millionen zählenden Bewohnern Hollands sind etwa drei Achtel zur römisch-katholischen Confession gehörig. Außerdem besteht das altkatholische (jansenistische) Erzbisthum von Utrecht, welches seinen Erzbischof, sowie die ihm unterworfenen Bischöfe von Harlem und Deventer, in ununterbrochener Succession zu erhalten gewußt hat und einen energischen geistigen Kampf mit der neu eingeführten Hierarchie besteht. Die niederländische Regierung hat unter diesen schwierigen Umständen das französische Einladungsschreiben auch noch nicht beantwortet.

Belgien.

Brüssel, 27. Nov. [Die Repräsentantenkammer] hat wegen Unwohlseins des Justizministers ihre Tagesordnung geändert und in der heutigen Sitzung die allgemeine Discussion über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten begonnen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Schelde-Frage wieder zur Sprache gebracht und gab zu einer ziemlich lebhaften Debatte Anlaß. Die Deputirten von Antwerpen benutzten den Gegenstand zu einem heftigen Angriffe auf die Regierung. Der Minister des Auswärtigen, Herr Rogier, gab indessen eine Erklärung, welche die Kammer zufrieden stellte. Er sagte, die niederländische Regierung habe sich für die Schelde verantwortlich erklärt und versprochen, alles zu thun, was möglich sei, um die bestehenden Schäden zu bessern und zukünftigen vorzubeugen; übrigens seien alle Rechte Belgiens vorbehalten und die Regierung mache diese Angelegenheit zum Gegenstande ihrer besonderen Sorgfalt.

Brüssel, 28. Novbr. [In der heutigen Sitzung der Repräsentantenkammer] wurde der Minister des Auswärtigen wegen der bevorstehenden Conferenz interpellirt. Die Rechte bestand auf der Nothwendigkeit, daß Belgien sich bei der Ordnung der römischen Frage betheilige, da es der Mehrheit seiner Einwohner nach ein katholisches Land sei; die Linke hob dagegen hervor, daß die Neutralität des Landes, so wie die durch die Constitution gewährte Cultusfreiheit, eine Einmischung Belgiens in diese Angelegenheit unzulässig und gefährlich mache. Herr Rogier, indem er die Wichtigkeit der Frage anerkannte, erklärte, die Regierung habe sich noch nicht entschieden; sobald ein Entschluß gefaßt sei, würde er den Kammern vorgelegt werden. (K. Z.)

Brüssel, 29. Novbr. [Die Repräsentanten-Kammer] hat heute das Budget der auswärtigen Angelegenheiten mit 74 gegen 6 Stimmen angenommen.

[Der Nachlaß des Kaisers Maximilian.] Der Staats-Minister Tesch ist von Wien zurückgekehrt mit dem Vertrage, wodurch der Nachlaß des Kaisers Maximilian zur Zufriedenheit beider Familien geregelt wurde. Die Prinzessin Charlotte wird darin als Universalerbin ihres Gemahls anerkannt und behält außer dem persönlichen Nachlasse Maximilian's den Besitz des Schlosses Miramare und der Insel Lacroma. Der Wiener Hof wird ihr gleichfalls das Witthum zurückgeben, auf welches sie verzichtet hatte, als Maximilian die Krone von Mexico annahm.

Amerika.

Newyork, 16. Nov. [Wahlen.] Auch in Arkansas, Mississippi und Florida fielen die Wahlen im Sinne der Reconstructions-Acte aus, gewählt wurde fast nur von Farbigen. Was Virginia anbetrifft, so soll nach dem „Newyork Herald" General Schofield in einer neuerdings mit dem Präsidenten gehabten Unterredung erklärt haben, die dortige Convention werde zu keinem Resultate gelangen. Der General soll nach derselben Quelle die Berichte über das aufrührerische Gebahren der Neger bestätigt haben.

[Reduction der Steuern auf Wolle und Baumwollfabrikate] ist der Ruf, der lauter und lauter von den Fabrikanten erhoben wird. Regierungs-Commissar Wells wäre, dem Vernehmen nach, geneigt, diese Maßregel sowie eine Herabsetzung des Tarifs auf dieselben Artikel zu befürworten. Die Baumwollsteuer sollte nach der Ansicht dieses Beamten ganz und gar fallen.

[Abzahlung der Staatsschuld in Papier] findet allenthalben Gegner. Neuerdings führte ein republikanisches Blatt, der „Milwaukee Sentinel" in einem längeren Artikel durch Anwendung des Princips auf Privatverhältnisse General Butlers Project in glücklicher Weise ad absurdum.

[Im canadischen Parlamente] beantragte Herr Gee weitere Suspension der Habeas Corpus-Acte und motivirte seinen Antrag durch Ausführung über einen zu erwartenden Feniereinfall.

[Orkan.] Eine Depesche aus der Havanna vom 15. d. sagt: Der letzte Orkan, der Portorico heimsuchte, war weit verheerender als die beiden vorhergehenden. Gegen 1000 Häuser sind vollständig in Trümmern, weitere 3000 Gebäude schwer beschädigt und die Verluste unübersehbar. Eine große Menge Vieh kam um. Die Zuckerernte ist dahin und die angebauten Felder sind kahl gefegt.

Literarisches.

□ [Die Leipziger Blätter für Pädagogik] schließen mit dem eben erschienenen VI. Hefte ihren ersten Jahrgang ab. Seitdem der alte Kämpfer für freies Schulwesen, Adolf Diesterweg, gestorben ist, wachsen die pädagogischen Zeitschriften wie Pilze aus der Erde. Giebt sich darin ein lobenswerthes Streben und Arbeiten des Lehrerstandes kund, so ist doch andererseits diese Decentralisation in der pädagogischen Journalistik zu bedauern, weil sie eine unerfreuliche Zersplitterung der Arbeiten und Arbeitskräfte mit sich bringt, denen Einigung wohl Noth thut. Unter allen jenen Lehrerzeitungen für Norddeutschland, Volksschulfreunden oder wie sie sonst heißen mögen, nehmen jene von dem pädagogischen Vereine in Leipzig herausgegebenen Blätter einen ausgezeichneten Platz ein: in ihnen athmet der Geist Diesterwegs. Das VI. Heft bringt einen längeren, trefflichen Aufsatz: „Die Geschichte in der Schule." Nachdem die bisher in höheren und niederen Schulen angewandten Methoden critisirt sind, unter Anderem auch der schlesischen Seminardirectoren gedacht ist, welche 1864 ein Gutachten dahin abgaben, daß alte Geschichte in Lehrerseminarien nicht berücksichtigt zu werden brauche. (Freilich nicht um alte Geschichte lehren zu können, aber um ihrer geschichtlichen Bildung willen bedürfen die Volksschullehrer der alten Geschichte" —). sind die Schwierigkeiten offen hingestellt, die sich dem Geschichtslehrer darbieten. „Der Moralist weist ihn an, die großen Männer und die Völker vor das Forum des Sittengesetzes zu fordern und bei der Darstellung ihrer Schicksale eine Art praktische Gerechtigkeit walten zu lassen; der kirchlich gesinnte lehrt, Christum als den Mittelpunkt der Geschichte anzusehen und die Erziehung zur christlichen Cultur als das Ziel der Menschheit hinzustellen; der Patriot drängt ihn, das Nationalitätsprincip zur Geltung zu bringen; der Kosmopolit deutet auf auf eine einzige Verschmelzung aller Völker und aller Culturen hin; der Demokrat sieht in der Geschichte das Ringen des Volkes nach Freiheit und Selbstständigkeit; der Aristokrat warnt vor eigenwilligem Abschweifen vom historischen Recht; ein gekrönter Leitfaden endlich stellt das engere Vaterland hin als das wiedergefundene Paradies, in dem Weisheit und Wohlfahrt wie Milch und Honig fließen." Was soll der Lehrer thun? Die regressive Methode geht von der Gegenwart aus und steigt sprossenweise in die Vergangenheit zurück. Die gruppirende Methode sammelt das geschichtliche Material um gewisse Brennpunkte, nach F. Stiehl z. B. um die merkwürdigsten Tage des vaterländischen Geschichtskalenders. Die progressive Methode endlich hält die chronologische Anordnung des geschichtlichen Stoffes fest. Sie ist die sachgemäßeste und vernünftigste, die beiden anderen können nur zeitweise Verwendung finden. Doch es kann hier nicht der Entwickelung der Gedanken des Verfassers bis in Einzelnes gefolgt werden. Seine Hauptforderung ist diese: „Ein ernster sittlicher Geist beseele den Geschichtslehrer und seinen Unterricht. Die Sittlichkeit ist der einzig sichere Maßstab menschlicher Handlungen und die Geschichte ist die großartigste Illustration zu dem Sittengesetze. Aber das Beste, das Edelste muß man nicht mit Worten breittreten. Die Geschichte ist eine große Lehrerin; wenn sie redet, kann man getrost schweigen. Nur muß man so erzählen, daß der Schüler sie auch reden hört und den Lehrer vergißt über der Geschichte." — Der folgende Aufsatz giebt eine sehr beachtenswerthe Darstellung des englischen Erziehungs- und Unterrichtswesens. Dann werden die Verhandlungen der 16ten deutschen Lehrer-Versammlung in Hildesheim einer Kritik unterworfen, worauf noch 2 Bücher (Heimathskunde von Leipzig von Rommel und Aufgabe der Lehrer-Vereine von E. Senff) besprochen werden.

Provinzial-Zeitung.

—s. **Breslau**, 1. Dezember. [Wissenschaftliche Vorträge.] Am 21. November 1768 wurde Schleiermacher in Breslau geboren, und es läßt sich annehmen, daß seine Vaterstadt in der Feier seines hundertjährigen Geburtstages nicht hinter Berlin, wo er freilich seine eigentliche Wirkungssphäre gehabt hat, zurückstehen wird. In dem Wunsche, hierzu schon bei Zeiten die Möglichkeit vorzubereiten, glaubte Herr Privatdocent Dr. Oginski, welcher heute im akademischen Musiksaale als Redner auftrat, seine vollständige Rechtfertigung enthalten zu sehen, wenn er seinem im vorigen Jahre an eben dieser Stelle über Schleiermacher's Leben gehaltenen Vortrage nunmehr einen zweiten über die Lebensansicht des denkwürdigen Mannes folgen ließe, und wir sind überzeugt, daß der Herr Vortragende durch die vortreffliche Ausführung seines Vorsatzes nicht nur gerechtfertigt dasteht. — Freilich müssen wir es uns hier versagen, auf den reichen Inhalt dieses überall Geist und Leben athmenden Vortrags so einzugehen, wie es wohl unser Wunsch wäre; das aber halten wir für Pflicht, offen auszusprechen, daß derartige Vorträge in der That jene Vermittelung zwischen Wissenschaft und Leben herstellen, um welche es unseres Wissens der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Cultur bei den von derselben veranstalteten Sonntagsvorträgen zu thun ist. Nachdem nämlich der geehrte Herr Vortragende zunächst überhaupt darauf aufmerksam gemacht hatte, daß, wie sich die Lebensansicht eines Mannes als das Erzeugniß seiner angeborenen und angebildeten Natur darstellt, sie auch wiederum ihrerseits als bestimmende Macht auf das Innere des Mannes zurückwirkt, so daß wir in ihr und durch sie erst das richtige Bild von demselben erhalten, führte er, nun auf das Lebensbild Schleiermacher's in ebenso liebevoller als gründlicher Weise eingehend, uns alle die Widersprüche bald vor, in die sich die bisherigen Beurtheiler Schleiermacher's aus dem Grunde verstrickten, weil ihre eigene Natur viel zu einseitig angelegt war, um dem Manne wirklich gerecht werden zu können, in dessen durchaus dialektischer Natur es lag, alle Gegensätze, indem er sie selbst mit durchlebte, zuletzt nicht zu scheinbarer und unfruchtbarer Vermittelung, sondern vielmehr zur wahren und wirklichen Versöhnung zu führen. Ein Mann, der, gerade wie Lessing, es niemals im Stande war, sich irgend einer Partei ganz gefangen zu geben, konnte natürlich nur dahin gelangen, von keiner Partei ganz und gar als der Ihre betrachtet zu werden. Was Wunder, wenn er daher bald als Frommer, bald wieder als Freigeist verschrien ward — er, dessen Freiheitsliebe ganz eins mit seiner Gerechtigkeitsliebe war und dem es bei seinen vielseitigen Anlagen wie bei seiner vielseitigen Bildung nicht möglich war, sich in Einem — es sei denn, daß dieses Eine das Göttliche war — ganz befriedigt zu fühlen! Mit Recht hielt der Herr Vortragende den vielerlei Vorurtheilen, die sich gegen Schleiermacher gelten gemacht haben, vor Allem das Urtheil entgegen, welches der Letztere in seinem berühmten Briefe an Jakobi vom Jahre 1818 über sich abgiebt. Erst dann unterzog er sich selbst noch der Mühe, die Angriffe, welche besonders von Kühne und Strauß gegen Schleiermacher erhoben worden sind, zurückzuweisen, um endlich sich ganz nur noch Demjenigen zu widmen, was als Lebensansicht Schleiermacher's mit vollem Recht feststeht. Denn was könnte dem, der es für die rechte Unsterblichkeit hielt, mitten in der Endlichkeit Eins zu werden mit dem Unendlichen und ewig zu sein in jedem Augenblick — was könnte ihm als des Lebens Bestimmung und Werth, als des Lebens Bedeutung und als Preis aller Mühen je anders erschienen sein, als daß sich der Mensch als ein Werdender mitten im Umschwung der Dinge des Ewigen freut, Gott zu werden begierig und doch immer froh, daß er — Mensch ist.

△ **Breslau**, 29. Novbr. [Kaufmännischer Verein.] Vorsitzender Herr Rath Consul Cohn nimmt 1) Bezug an eine im vorigen Semester stattgehabte Besprechung des Vereins über die Errichtung eines preußischen resp. Bundes-Consulats in Pest. Die großartigen Handelsbeziehungen, welche sich namentlich im Getreide-, Wein- und anderweitigem Producten-Handel mit Ungarn entwickelt haben und die eigenthümliche nationale Rechtspflege dieses Staates, machen eine handelspolitische Vertretung daselbst sehr wünschenswerth. Wie mitgetheilt wird, hat die Stettiner Kaufmannschaft jetzt auch diesen Gegenstand in die Hand genommen und beim Handelsministerium um Anstellung eines Consuls gebeten. Um dem Verein die Priorität nicht zu entziehen, möchte eine zu diesem Amte geeignete Persönlichkeit beim Bundeskanzler in Vorschlag gebracht werden. Vorsitzender ersucht die Anwesenden, in Pest ansäßige intelligente und angesehene Kaufleute dem Vorstande zu empfehlen, um solche höheren Orts zu unterbreiten. 2) Der Dirigent der hiesigen Telegraphen-Station, Herr Post, hat auf das Gesuch des Vereins, wegen schnellerer Beförderung der Depeschen, einen eingehenden Bescheid ertheilt. Derselbe nimmt gern bei dieser schriftlichen Mittheilung die Gelegenheit wahr, einen Theil des Publikums, welcher den Telegraphen am meisten benützt, die Kaufmannschaft — über den Sachverhalt und die Schwierigkeiten, die auf den Telegraphenbetrieb von Einfluß sind, aufzuklären. Die Telegraphen-Verwaltung hat bisher ganz besonders darauf ihr Augenmerk gerichtet, durch möglichste Vermehrung der Betriebsmittel den Ansprüchen an prompte und zuverlässige Beförderung, fast ohne Rücksicht des Kostenpunktes, natürlich innerhalb der Etatsgrenzen, zu genügen; doch können solche nur auf normale, nicht außergewöhnliche Verhältnisse berechnet sein, weshalb plötzlich eintretende merkantilische und politische Ereignisse derartige Anhäufungen, Stockungen und Verspätungen herbeiführen können, welche schon bei mäßigem Verkehr nicht zu vermeiden und nur durch umfangreicheres Betriebsmaterial und kostspieligere Leitungen reducirt werden können. Da im Telegraphenverkehr einem Andrange nicht so einfach, wie bei der Post oder Eisenbahn, abgeholfen werden kann, wo man mehr Briefe in den Beutel steckt, oder mehr Wagen einstellt, indem jede Depesche den ganzen Speditionsweg eine gewisse Zeit für sich allein in Anspruch nimmt, so kann eine Beschleunigung nur durch Anlage neuer Drahtleitungen erreicht werden, welche bei dem oberirdischen System enge Grenzen hat; übrigens würden, wenn in dieser Richtung Alles, was in Bezug auf schnelle und prompte Beförderung zweckmäßig, verwirklicht wäre, auch dann bei der Abhängigkeit des Telegraphenbetriebes von den atmosphärischen Einwirkungen derartige Störungen immer zu vermeiden sein. Die Versammlung nimmt diese Mittheilungen mit bestem Danke entgegen. — Referent glaubt sich der Ansicht nicht verschließen zu können, daß des Pudels Kern auch in dieser Frage ein zu mager ausgestatteter Etat sei. Es ist ja nicht abzusehen, warum nicht bei den steigenden Handelsbeziehungen der Depeschen-Andrang zur Zeit einer Getreideconjunctur, welche heute als ein Ausnahmezustand angesehen wird, in einem oder zwei Jahren den normalen Verkehr ausmachen soll. Nach der Analogie der letzten Jahrzehnte ist doch wohl nicht anzunehmen, daß die Benutzung des Drahtes nachlassen wird und warum nicht lieber die einmaligen Kosten neuer Leitungen, die über kurz oder lang doch kommen müssen, tragen, auf das Risico, daß das Betriebsmaterial ein Jahr unverwerthet liegt, als daß der Telegraphenbetrieb wieder von einem unvorhergesehenen Depeschen-Andrang unvorbereitet getroffen wird und eine neue Stockung entsteht, die vielleicht hundertfach so viel Schaden verursacht, als die kostspieligsten Bauten und Anlagen der Betriebseinrichtungen. — Herr Kopisch wünscht die Einführung von Francomarken für den Depeschen-

verkehr an der Börse, worauf der Vorstand Rückfrage in Berlin halten wird, wie sich die Einrichtung dort bewährt hat. Bezüglich einer in der Versammlung geäußerten Klage wegen häufig vorkommender Entstellung der Telegramme, die oft großen Schaden verursacht, wird auf die, vielleicht nicht hinreichend bekannte Einrichtung recommandirter Depeschen hingewiesen, die da, wo große Summen im Spiele sind, häufiger benutzt werden sollten. In diesem Falle übermittelt die Abgabestation dem Aufgeber telegraphisch eine vollständige Copie der dem Adressaten zugestellten Depesche mit der Angabe, sowohl der genauen Zeit der Zustellung als auch der Person oder beziehungsweise der Weiterbeförderungs-Anstalt, welcher die Depesche übergeben wurde, 3) die in voriger Sitzung beschlossene Eingabe an den Herrn Polizei-Präsidenten wegen Verlegung des Getreidemarktes nach der neuen Börse bis zum Bau einer Getreidehalle wird vorgelesen und von der Versammlung genehmigt. Herr Milch theilt mit, daß die Handels-Commission der Stadtverordneten-Versammlung in gleichem Sinne vorgehen will. 4) In Folge Antrages des Heern Schierer haben die Herren Grüttner, Milch und Weinhold übernommen, mit Herrn Oberbürgermeister Hobrecht und Stadtverordneten-Vorstehrr Herrn Stetter in der Hafen- und Packhofs-Angelegenheit zu unterhandeln. 5) Zwei Arten wilder Kassenscheine sind binnen Kurzem werthlos: die Schleitz-Greitzer 1 Thaler-Kassenscheine von 1858 Ende dieses Jahres und die Schwarzburg-Sondershausener von 1859 Ende November. 6) Die Versammlung debattirte hierauf auf Anregung des Vorsitzenden, ob der Verein anläßlich der neuen Portotaxe und des Unterschiedes im Porto frankirter und unfrankirter Briefe, im Interesse der Mitglieder etwas thun sollte und beschließt: einerseits durch mehrfache Bekanntmachungen in den Zeitungen die allseitige Frankatur anzuempfehlen, andererseits für die Mitglieder des Vereins eine Partie Zettel gegen Vergütigung der Selbstkosten zur Einlage in die Briefe drucken zu lassen, wonach nur frankirte Briefe abgesendet und angenommen werden möchten. 7) Herr Zadig spricht den Wunsch aus, welcher unterstützt wird, daß die hiesige Postbehörde anläßlich der verschiedenen, im Laufe der Zeit eingetretenen Abänderungen einen neuen Leitfaden für den Verkehr des Publikums mit der hiesigen Post bald herausgebe. 8) Die Herren Gebrüder Skutsch und Liebrecht bringen im Namen unserer Holzhändler den Antrag ein: der Verein möge an maßgebender Stelle dahin wirken, daß, im Wege einer obrigkeitlichen Verfügung, für das Auffangen von Hölzern auf der Oder eine Taxe festgesetzt werde. Diese Herren wissen aus eigener Erfahrung von dem unerträglichen Unfug, welcher mit den auf der Oder liegenden Hölzern zu Zeiten getrieben wird, zu erzählen. Stämme und ganze Flöße, welche in der Nähe der Ufer von den Besitzern durch Leinen und Querhölzer festgelegt sind, lösen sich bei ganz windstillen Nächten auf unerklärliche Weise aus ihren Fesseln und machen eine Wasserpartie stromabwärts, bis sie von einem mitleidigen Retter aufgefangen und dem Eigenthümer gegen Erstattung ganz willkürlicher und exorbitanter Summen unter der Firma „Finderlohn" zurückgestellt werden. Herr Assessor Friedenthal betont den juristischen Theil der Frage, nach welcher in solchen Fällen entweder das angeschwemmte Holz gegen den gesetzlich festgestellten Finderlohn von 10 pCt. oder im Falle der Vermuthung eines Diebstahls, abgesehen von der weiteren Verfolgung dem erwiesenen Eigenthümer ohne Weiteres zuzustellen ist. In der Regel haben es die Holzhändler vorgezogen, anstatt dieser Weitläufigkeiten aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden mögen, sich mit den ehrlichen Findern in Güte zu einigen und glauben, daß nur im Wege einer Taxe für die aufgefundenen Hölzer, dem Unwesen gesteuert werden könne. Eine solche bestand früher, als der hiesige Magistrat noch den Verkauf von Hölzern betreiben ließ und betrug 3 Pf. pro Scheit, 5 Sgr. pro Stamm und 1 Thlr. pro Floß. Die Betheiligten glauben, daß mit Wiedereinführung dieser Taxe das Geschäft des Auffangens lahm gelegt werden und nicht der zehnte Theil der Hölzer wegschwimmen werde, wie jetzt. Die Versammlung einigt sich nach langer Debatte, den Ausführungen beizustimmen und beschließt, sich an die königl. Regierung wegen Wiedereinführung der früheren Taxe des Finderlohns angeschwemmter Hölzer, vorstellig zu werden.

⚖ **Breslau**, 30. November. [Schwurgericht.] Vertreter der Staatsanwaltschaft: Der erste Staatsanwalt Hecker und der Gerichts-Assessor Bartsch.

Die erste Verhandlung wegen Kindesmordes endete mit der Freisprechung der Angeklagten; die zweite welche unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand wurde vertagt. Hiermit schloß die 8. Schwurgerichtsperiode dieses Jahres, in welcher 28 Verhandlungen in 12 Sitzungstagen stattfanden, 57 Personen auf der Anklagebank erschienen, von denen 14 freigesprochen, 40 dagegen zu Freiheitsstrafen von zusammen 70 Jahren 9 Monaten, von denen 56 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 14 Jahre 3 Monate Gefängniß, verurtheilt wurden. Ueberwiegend waren wie dies zumeist der Fall ist die Anklagen wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Verbrechen gegen die Sittlichkeit.

Die nächste Schwurgerichtsperiode beginnt dem Vernehmen nach am 9. December d. J.

Breslau, 3. Decbr. Angekommen: Se. Durchl. Herzog von Ratibor, Prinz zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst, Fürst zu Corvey, General à la suite der Armee, mit Dienerschaft, aus Schloß Rauden; Se. Durchl. Prinz zu Sayn-Wittgenstein aus Berlin; Se. Durchl. Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen, dgl.; Se. Exc. v. Elsner, Wirkl. Geh. Rath u. Staatsminister a. D., n. Diener, aus Ndr.-Adelsdorf; Se. Exc. Graf Stillfried v. Alcantara u. Rattonitz, Wirkl. Geh. Rath u. Ober-Ceremonienmeister, n. Diener, aus Buchwald; v. Buddenbrock, Oberst und Regts.-Commandeur, aus Ohlau.

[Bettelei.] In der Zeit vom 25. v. M. bis 1. d. Mts. sind hierorts 24 Personen durch Polizei-Beamte wegen Bettelns aufgegriffen und zur Haft gebracht worden.

[Unglücksfall.] In der Nacht vom 29. bis 30. v. M. wurde auf dem Oberschlesischen Bahnhofe der dort als Hilfswächter benutzte, 24 Jahre alte unverheirathete Hilfsbremser Koth beim Rangiren von Wagen durch Ueberfahren getödtet. (Fremdenbl.)

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 2. Decbr. 10 U. Ab.	325,63	+3,8	S. 2.	Trübe.
3 Decbr. 6 U. Mrg.	327,30	+1,9	W. 1.	Trübe.

Breslau, 3. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 15 F. 10 Z. U.-P. 2 F. 1 Z. Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Dresden, 2. Dec. Die erste Kammer genehmigte heute den Gesetzentwurf, welcher den Gemeinden Sachsens die Verpflichtung zur Anschaffung des Bundesgesetzblattes auferlegt, ferner einen die sogenannten Leipziger Meßferien aufhebenden Gesetzentwurf, und bewilligte schließlich die Positionen des Budgets, betreffend das auswärtige Ministerium, und die Ausgaben für den Nordbund, entsprechend den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer. Kammerherr v. Erdmannsdorff vertheidigte bie Position, betreffend die Kosten für die Gesandtschaften, indem er Angriffen der Presse gegenüber bemerkte, daß das sächsische Volk, wo es sich um die Erhaltung seiner Dynastie innerhalb des Rahmens des norddeutschen Bundes handle, diese Kosten nicht scheue.

Hamburg, 2. December. Der Barometerstand ist 326 Pariser Linier. Telegraphische Berichte aus Cuxhaven von Nachmittags 2¼ Uhr melden, daß der Wasserstand der Elbe 16 Fuß über die normale Höhe gestiegen war. Weitere Berichte fehlen in Folge einer Störung der Telegraphenleitung nach Cuxhaven. — Wind: West-Süd-West. Bewölkter Himmel.

Wien, 2. Decbr. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses wurde auf den Antrag des Frhrn. v. Lichtenfels Paragraph 21 des revidirten Verfassungsgesetzes (betreffend das Recht des Reichsrathes zur Controle der Verwaltungsmaßregeln), welcher in der letzten Sitzung gestrichen worden war, in einer von der Fassung des Unterhauses nicht wesentlich abweichenden Form wieder aufgenommen, und sodann das Verfassungsgesetz sowie die Gesetzentwürfe, betreffend die Regierungs- und Vollzugsgewalt, die Einsetzung eines Reichsgerichtshofes und die allgemeinen Staatsbürgerrechte in dritter Lesung angenommen. Hierauf folgte die Berathung des Delegationsgesetzes. Graf Wickenburg und Ritter v. Schmerling befürworten dasselbe. Der Reichskanzler Frhr. v. Beust erklärte, er übernehme für das vorliegende Gesetz die volle Verantwortlichkeit und sprach die Hoffnung aus, dasselbe werde der Ausgangspunkt für allmälige fernere Verbesserungen werden. Der Gesetzentwurf wurde schließlich mit einer unwesentlichen Aenderung des Paragraphen 29, im Uebrigen nach der Fassung des Unterhauses in dritter Lesung angenommen.

Florenz, 2. Dec., Abends. „Diritto" kritisirt scharf die Erklärung Moustier's im Senate, hebt die Inconvenienz hervor, Mazzini, Garibaldi und Rattazzi zusammen zu nennen, und erklärt es für unverständlich, was Moustier über das neue Italien geäußert. „Riforma" befürchtet einen Staatsstreich und weist auf die bedeutende Truppenconcentrirung bei Florenz hin.

Rente 51, 75.

Paris, 2. December. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers motivirte Jules Favre seine Interpellation über die römische Frage. Redner hofft, die Kammer werde die römische Expedition nicht billigen, und zwar aus vier Gründen: Die Expedition laufe den Grundsätzen des Rechtes zuwider; sie compromittire die Interessen Frankreichs; sie sei gerade für die Sache unheilvoll, welcher die Regierung dienen wolle; sie stelle schließlich Frankreich eine Reihe von Verwickelungen in Aussicht, aus denen dasselbe nur durch einen Fehler und unter Erregung berechtigter Unzufriedenheit werde herauskommen können. Redner wirft ferner der Regierung vor, daß sie ohne den gesetzgebenden Körper zu Rathe zu ziehen, gehandelt habe. Der Kammer liege die Pflicht ob, den Folgen vorzubeugen, welche die vollendeten Thatsachen nach sich ziehen können. — Die Sitzung dauert fort.

Gutem Vernehmen nach hat der Staatsrath heute den durch die Commission des gesetzgebenden Körpers amendirten Armeegesetzentwurf berathen. Der Bericht wird wahrscheinlich Sonnabend erstattet werden.

„Patrie" dementirt das Gerücht von einem bevorstehenden Rücktritt des Seine-Präfecten Haußmann. Dasselbe Blatt schreibt: Privatdepeschen aus London stellen in Abrede, daß die britische Regierung die Annahme der Conferenz von dem sofortigen Rückzug der französischen Truppen aus Rom abhängig gemacht habe.

Triest, 2. December. Nachrichten der Ueberlandpost:

Bombay, 14. Nov. Es verlautet, daß der König Theodor von Abyssinien die europäischen Gefangenen habe hinrichten lassen.

Aus Calcutta wird gemeldet, daß in Folge der heftigen Stürme, welche in der letzten Zeit wütheten, zahlreiche Unglücksfälle vorgekommen seien; über 30,000 Hütten der Eingeborenen sind zerstört, auch sollen an tausend Menschen umgekommen sein.

Alexandrien, 27. Nov. Raghib-Pascha ist zum Generalissimus der egyptischen Armee ernannt.

Stockholm, 1. Dec. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus Norköping haben daselbst gestern Ruhestörungen stattgefunden, indem die Wohnungen mehrerer angesehener Kaufleute von Volkshaufen demolirt wurden; als Grund der Aufregung betrachtet man die bedeutende Getreideausfuhr, welche in der letzten Zeit von mehreren Firmen effectuirt wurde.

Bern, 2. Decbr. Heute wurde die Bundesversammlung eröffnet. Im Ständerath hielt der Präsident Blumer eine Ansprache, in welcher er einen Rückblick auf die Ereignisse der auswärtigen Politik warf und den Wunsch aussprach, daß es der Conferenz gelingen möge, die römische Frage in einer den Wünschen des italienischen Volkes entsprechenden und zugleich die Unabhängigkeit des Kirchenoberhauptes sichernden Weise zu regeln. Es sei zu hoffen, daß die friedlichen Aeußerungen der mächtigsten Souveräne Europas eine günstige Wirkung auf Handel und Gewerbe ausüben werden. Die Stellung der Schweiz nach Außen habe sich im Laufe der letzten 10 Jahre wesentlich durch die Bildung eines einheitlichen Italiens und eines centralisirten Deutschlands geändert. Die Schweiz suche mit allen Nachbarländern in freundschaftlichen Beziehungen zu bleiben, dürfe jedoch nichts unterlassen, um für Tage der Gefahr gerüstet zu sein. — Der Präsident des Nationalrathes eröffnete die Sitzungen ohne Ansprache.

Bern, 2. Dec. Der Bundesrath hat die Conferenzeinladung nur unter gewissen Bedingungen angenommen; unter denselben steht die Berücksichtigung der italienischen Volkswünsche in erster Reihe. (T. B. f. N.)

Moskau, 1. Dec. Heute Mittags 2 Uhr starb der Metropolit Philaretes, nachdem er noch persönlich den Gottesdienst celebrirt hatte, im Alter von 83 Jahren. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 2. Decbr., Nachmittags 3 Uhr. Fest. Liquidations-Cours der Rente 69, 25. Consols von Mittags 1 Uhr 93⅝ gemeldet. Schluß-Course: 3proc. Rente 69, 17½—69, 17½. Italieniche 5proc. Rente 46, 45. Oesterreich. Staats-Eisenbahn-Actien 522, 50. Credit-Mobil.-Actien 166, 25. Lomb. Eisenbahn-Actien 357, 50. Oesterr. Anleihe von 1865 pr. cpt. 326, 25. 6% Vereinigte Staats-Anleihe pr. 1882 (ungest.) 80⅝.

London, 2. Decbr. [Anfangs-Course.] Consols 93 3/16, Amerikaner 71 3/16, Italien. Rente 46 7/16. Amerikaner fest. — Frostwetter. Das Unwetter der letzten Tage hat viele Telegraphenlinien zerstört. Die fälligen Posten vom Continent sind heute ausgeblieben.

Frankfurt a. M., 2. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 98⅝. Oesterreich. 5% Anleihe von 1859 61⅝. Oesterreichische National-Anleihe 54¾. 5% Metalliques —. Oesterr. 5% steuerfr. Anleihe 49⅝. 4½% Metalliques 41⅝. Finnländische Anleihe —. Neue Finnländische 4½% Pfandbriefe —. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76¼. Oesterreich. Bank-Antheile 670. Oesterr. Credit-Actien 181. Darmstädter Bank-Actien 201½. Rhein-Nahebahn —. Meininger Credit-Actien 89¼. Oesterr.-Franz.-Staatsbahn 241. Oesterreich. Elisabethbahn 116. Böhmische Westbahn —. Ludwigshafen-Bexbach 154½. Hessische Ludwigsbahn —. Darmstädter Zettelbank 245. Kurhessische Loose —. Baierische Prämien-Anleihe 98¾. Neue Badische Prämien-Anleihe 95⅝. Badische Loose 51¼. 1854er Loose 63½. 1860er Loose 70¾. 1864er Loose —. Neue Spanier —. Ziemlich günstig. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 181, Staatsbahn 241¼. Fest.

Frankfurt a. M., 2. December, Abends. [Effecten-Societät.] Umsatz belanglos. Amerikaner 76¼. Credit-Actien 180½. Steuerfreie Anleihe 49 11/16. 1860er Loose 70⅞. Anleihe von 1859 61½. Staatsbahn 241.

Wien, 2. December. [Abendbörse.] Credit-Actien 183, 80. Nordbahn 169, 70. 1860er Loose 84, —. 1864er Loose 76, 60. Böhmische Westbahn —, —. Franz-Josephs-Bahn —, —. Staatsbahn 244, 30. Galizier 204, 25. Steuerfreies Anlehen 58, 60. Napoleonsd'or 9, 63. Lombarden —, —. Ungar. Credit-Actien —, —. — Unbelebt, matt.

Wien, 2. Decbr. Schluß matter. [Schluß-Course.] 5% Metalliques 57, 60. National-Anlehen 66, 60. 1860er Loose 84, 10. 1864er Loose 76, 60. Credit-Actien 184, —. Nordbahn 169, 75. Galizier 204, 50. Böhm. Westbahn 147, 25. St.-Eisenb.-Act.-Cert. 244, 30. Lombard. Eisenb. 168, 25. Napoleonsd'or 9, 63.

Triest, 2. Decbr., Mittags. Der Lloyddampfer „Trebisonda" ist heute Vormittags mit der ostindischen Ueberlandspost aus Alexandrien hier eingetroffeu.

Hamburg, 2. December, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Oesterr.-französische Staatsbahn 508. Italienische Rente 44½. Lombarden 347½. — Schluß-Course: Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 85. National-Anleihe 56½. Oesterreich. Credit-Actien 76¾. Oesterreich. 1860er Loose 70. Vereinsbank 110⅝. Norddeutsche Bank 118⅝. Rheinische Bahn 118¾. Nordbahn 96. Altona-Kiel —. Finnländ. Anleihe 81. 1864er Russ. Prämien-Anleihe 96. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 90. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69½. Disconto 2¾ %.

Hamburg, 2. Decbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, Roggen loco ruhig, auf Termine beide ohne Kauflust Weizen per Decbr. 5400 Pfd. Netto 167 Bankothaler Br., 166½ Gld., per Dezbr.-Jan. 166½ Br., 165 Gld. Roggen pr. Decbr. 5000 Pfd. Brutto 134 Br., 133½ Gld., pr. December-Jan. 133 Br., 132½ Gd. Hafer flau. Rüböl ohne Kauflust, loco 22⅝, pr. Mai 23½. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee lebhafter. Zink geschäftslos.

Liverpool. 2. December, Nachm. Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Ruhiger Markt. New-Orleans 7¾. Georgia 7½. Fair Dhollerah 5⅞. Middling fair Dhollerah 5½. Good middling Dhollerah 5⅜. Bengal 4⅝. Good fair Bengal 5⅛. Fine Bengal —. New fair Domra 5⅞. Fair Domra —. Good fair Domra —. Pernam —. Egyptian —. Smyrna —.

Antwerpen, 2. Decbr., Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Ruhig, niedriger. Raffin. Type weiß, loco 44—44½ bez., pr. Decbr. 44 Br., pr. Januar 45 Br., 44 bez.

London, 2. December, Mittags. Getreidemarkt. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 29,905, Gerste 7689, Hafer 30,165 Quarters. Weizen englischer geringerer Qualität niedriger, in fremdem nur Detailgeschäft. Gerste fester. Hafer lebhaft, 6 Pence höher. — Frostwetter.

New-York, 1. Decbr., Abends. [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht] Wochenanfuhr in allen Unionshäfen 88,000 B. Wochenausfuhr nach Großbritannien 38,000 B. Wochenausfuhr nach dem Continent 15,000 B. Totalanfuhr in allen Häfen seit dem 1. September 1867 233,000 B. Total-Ausfuhr nach Großbritannien seit dem 1. September 1867 —. Totalausfuhr nach dem Continent seit dem 1. September 1867 —. Vorrath in allen Unionshäfen —. Preis von Middling in New-Orleans 17 C. Preis von Middling in Mobile 15 C. Preis von Middling Upland in New-York 15 C.

Wien, 2. Decbr. [Ziehung 1864er Loose.] Bei der heutigen Ziehung der 1864er Loose sind folgende größere Gewinne gezogen worden: Ser. 365 Nr. 33 mit 250,000 fl., Ser. 472 Nr. 98 mit 25,000 fl., Ser. 1978 Nr. 73 mit 15,000 fl., Ser. 1039 Nr. 50 mit 10,000 fl., Ser. 365 Nr. 88 mit 5000 fl., Ser. 1122 Nr. 58 mit 5000 fl., Ser. 2072 Nr. 6 mit 2000 fl., Ser. 3170 Nr. 95 mit 2000 fl., Ser. 1034 Nr. 47 mit 2000 fl.

Bei der Ziehung der alten Staatsschuld kam Serie 407 heraus. (T. B. f. N.)

Berlin, 2. Decbr. Ohne daß es gelingen konnte, die bisher bevorzugten Papiere in den Schatten zu stellen, wußte man doch heute das Hauptinteresse der beweglicheren Elemente der Börse auf Rhein-Naheactien zu lenken. Nachdem schon in den letzten Tagen einige Anstrengungen nach dieser Richtung gemacht und auch der gestrige Privatverkehr sich mehr um die genannten Actien bekümmert hatte, wurde heute die Theilnahme für das Papier durch allerhand Mittheilungen rege zu erhalten gesucht, für deren Authenticität uns die Bestätigung von verläßlicher Seite allerdings fehlt. Es sollen nämlich an Stelle der vor Jahresfrist mit der königl. Regierung gepflogenen Unterhandlungen wegen der Saarbrücker Bahn jetzt Seitens der Rheinischen in Bezug auf die Saargemünder und damit implicite die größte Strecke der Rein-Nahebahn einschließend, wieder aufgenommen worden sein. Jedenfalls mehr als verfrüht sind die Bedingungen, welche bereits bezüglich eines Abschlusses zwischen den genannten Contrahenten colportirt werden. Wesentlich höher war sonst von den Eisenbahnen keine, Köln-Minder, Rheinische, Mainzer waren belebt und anziehend, desgleichen Oberschlesische A. und C. etwas theurer, ebenso Coseler, Mastrichter, Görlitzer, Kieler, Bergische waren gedrückt, Anhalter blieben zu haben, Mecklenburger etwas herabgesetzt. Franzosen bezahlte man, wie schon gestern, besser, Lombarden hielten sich gut, Galizier bedangen mehr und auch Westbahn erholte sich wieder etwas. Oesterreichische Credit zogen im Course stärker an, auch die östern. Fonds stellten sich sämmtlich höher, Amerikaner mäßig belebt, hoben sich ebenfalls und auch der Coursstand der italienischen Anleihe war ein gebesserter. Rum. Anl. 63¾ bez. Banken still, doch einzelne, wie preuß. Bank, Rostocker, Braunschweiger, Darmstädter Zettel etwas belebter und theurer. Einzelne der beliebteren Prioritäten und Stammprioritäten fanden Frage, dagegen war das Geschäft in preußischen zinstragenden Papieren eigentlich schwach, 5 % Anleihe stieg indeß; auch von den russischen Anleihen wurde manche, z. B. die 5. Stieglitz und die ältere Prämien-Anleihe besser bezahlt, von den deutschen Anleihen bedang die Badische Prämien-Anleihe bei guten Umsätzen abermals etwas mehr. — Prämien für Amerikaner p. ult. Dezember 77—1, p. ult. Jan. 1868 77½—1. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 2. December 1867.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	97⅞ B.
Staats-Anl. von 1859	5	103½ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	97⅞ bz.
dito 1859	4½	97⅞ bz.
dito 1856	4½	97⅞ bz.
dito 1864	4½	97⅞ bz.
dito 1867	4½	97⅞ bz. u. B.
dito 1850/52	4	90¼ bz.
dito 1853	4	90¼ bz.
dito 1862	4	90¼ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83⅞ bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	117 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	97¼ bz.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76⅞ B.
Pommersche	3½	76⅞ bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	—
dito neue	4	85⅞ bz.
Schlesische	3½	83⅞ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	91 bz.
Pommersche	4	90¼ bz
Posensche	4	89⅞ G.
Preussische	4	90 B.
Westph. u. Rhein.	4	92⅞ bz.
Sächsische	4	91 G.
Schlesische	4	91⅛ B.
Louisd'or 112¼ G.	Oest. Bk. 84⅞ à ⅞ bz	
Goldkr. 9. 9¼ G.	Poln. Bkn. — —	

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48¼ bz. u. G
dito Nat.-Anl.	5	56¼ bz.
dito Lot.-A.v.60	5	70⅞ à 71 bz
dito dito 64	—	43¼ B.
dito 54er Pr.-A.	4	64 bz u. B
dito Eisenb.-L.	—	72⅞ etw. bz.
Ital. neue 5 proc. Anl.	5	45⅞ bz.
Russ. Engl. Anl. 1862	5	85¼ bz.
dito Poln. Sch.-Obl.	4	63 etw. bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57 G.
Liqu. Pfandbr.	4	48 B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95⅞ bz.
dito à 300 Fl.	5	91½ bz.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	— — —
Baden. 35 Fl. Loose	—	29¼ bz.
Amerikan. St.-Anl.	6	76⅞ bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	— — —
dito II.	4½	93½ B.
dito IV.	4½	92¼ G.
dito III. v. St. 3½g.	3½	77¼ bz.
Cöln-Minden	4½	97¼ bz.
dito II.	5	102½ B.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83 G.
dito	4½	93⅞ bz.
dito IV.	4	83 bz. u. G.
dito V.	4	82⅞ G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4	— — —
dito III. Em.	4½	— — —
dito IV. Em.	4½	— — —
Gal. Ludwigsb.	5	82 bz. u. 77 bz.
Niederschl.-Märk.	4	87 G.
dito conv.	4	87½ B.
dito III.	4	84½ B.
dito IV.	4½	— — —
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	99¾ G.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	78 G.
dito C.	4	85¼ G.
dito D.	4	85¼ G.
dito E.	3½	78 G.
dito F.	4½	93¾ G.
dito G.	4½	92⅞ B.
Oest.-Franz.	3	254½ à 253 bz.
Oest. südl. St.-B.	3	215 bz. u. G.
Rhein. v. St. gar.	4½	—
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	83¼ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865	1866		
Aachen-Mastrich	—	—	4	28¾ bz. u. G.
Amsterd.-Rottd.	7¼	4¾	4	163¼ bz. u. B.
Berg.-Märkische	8	8¼	4	139½ bz.
Berlin-Anhalt	13	16	4	223 B.
Berlin-Görlitz	—	—	4	78¾ bz. u. G.
dito St.-Prior.	—	—	5	96¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	161 G.
Berl.-Potsd.-Mgd.	16	16	4	222 B.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 etw. bz.
Böhm.-Westb.	—	—	5	62¾ à ½ bz.
Breslau-Freib.	9	8⅙	4	127 bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	143½ bz.
Cosel-Oderberg.	2¼	2½	4	76 bz.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85¾ B.
dito dito	—	5	5	91 B.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	86¼ bz.
Ludwigsh. Bexb.	10	10	4	152¼ G.
Magd.-Halberst.	13	—	4	187 bz.
Magd.-Leipzig	20	—	4	261 bz. u. B.
Mainz-Ludwigsh.	8	—	4	127½ bz.
Mecklenburger	3	3	4	72⅞ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	93 bz
Niedrschl. Märk.	—	4	4	88¼ B.
Niedrschl. Zwgb.	3⅜	5	4	78 etw. bz. u. B.
Nordb. Fr.-Wilh.	4	—	4	96¾ bz.
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	199¼ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	178¾ bz. u. G.
dito C.	11⅔	12	3½	199¾ bz.
Oestr.-Fr. St.-B.	5	—	5	136¾ à ¼ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	94¾ à ¼ bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73¾ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73½ bz.
R. Oderuf. St.-Pr.	—	—	5	85¼ bz. u. B.
Rheinische	7	—	4	120¼ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	29¾ à 29 etw. ¼ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ bz.
Thüringer	—	—	4	131 bz.
Warschau-Wien	8½	—	5	61⅛ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	162 G.
Braunschw. B.	—	0	4	96 bz.
Bremer Bank	6½	8	4	116¼ G.
Danziger Bank	7 8/10	8	4	111½ G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	97¼ à 98¼ bz. u. B.
Geraer Bank	7⅝	7⅝	4	102 G.
Gothaer „	7½	5	4	91 bz.
Hannoversche B.	4	5⅛	4	79 B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	116¼ G.
„ Vereins-B.	8 19/20	10 5/16	4	111¼ B.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	112 G.
Luxemburger B.	6	6	4	80 B.
Magdeburger B.	5½	5	4	88 G.
Posener Bank	6½	7½	4	101¼ G.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	154½ etw. bz u. G.
Thüringer Bank	4	4	4	65 G.
Weimar „	6½	4¼	4	82 B.
Berl. Hand.-Ges.	8	8	4	109¼ bz.
Coburg Credb.-A.	8½	4	4	72 B.
Darmstädter „	6½	4½	4	80 bz. u G.
Dessauer „	—	0	—	2 G.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	107⅞ bz.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	24⅞ bz.
Leipziger „	4	—	4	84¼ B.
Meininger „	7	—	4	89⅞ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	14 B.
Oesterr. Credb. A.	4½	—	5	77¼ à ¼ bz.
Schl. Bank.-Ver.	7½	7½	4	113¼ G.
Minerva	1	—	5	28¾ bz.
Fbr. v. Eisenbdf.	5½	10	5	121 bz.

Berlin, 2. December. Weizen loco 86—105 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 73—76 Thlr. nach Qualität, 76—79pfd. 74—75½ Thlr. ab Bahn bez. — Rüböl loco 10½ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 20½—½ Thlr. bez., pro Dez. und Dez.-Jan. 20⅝—1/24—⅙ Thlr. bez., Jan.-Febr. 20⅚—⅚ Thlr. bez., April-Mai 21⅙—20 23/24—21 1/24 Thlr. bez., Mai-Juni 21⅙—⅙—¼ Thlr. bez.

⚘ **Breslau**, 3. December. am heutigen Markte zeigte sich die Kauflust wenig angeregt, Preise waren niedriger.

Weizen flau, pr. 84 Pfund schlesischer weißer 102—114 Sgr., gelber 100—110 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen schwach preishaltend, pr. 84 Pfund 84 bis 86 Sgr., feinste Sorte 87 Sgr. bezahlt. — Gerste matt, pr. 74 Pfd. gelbe 56—58 Sgr., helle 60—62 Sgr., weiße 65—67 Sgr., feinste Sorte über Notiz bez. — Hafer ruhig, pr. 50 Pfd. 36—37 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. — Wicken beachtet, pr. 90 Pfund 56 bis 60 Sgr. — Oelsaaten flauer. — Lupinen leicht verkäuflich, pr. 90 Pfund gelbe 46—50 Sgr., blaue 43—47 Sgr. — Bohnen behauptet, pr. 90 Pfd. 85—100 Sgr. — Schlaglein mehr Frage. — Rapskuchen gute Kauflust, 64 bis 67 Sgr. pr. Ctnr.

	Sgr. pr. Schfl.		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Weißer Weizen	102—109—114	Schlag-Leinsaat	180—194—203
Gelber Weizen	101—107—112	Winter-Raps	188—192—203
Roggen	84—85—87	Winter-Rübsen	176—186—190
Gerste	56—61—67	Sommer-Rübsen	158—168—178
Hafer	36—37—38	Leindotter	158—168—174
Erbsen	74—77—80		

Kleesaat, rothe wenig zugeführt, 13½—14½—15½ Thlr. pr. Ctr., weiße ohne Angebot, 19—20 Thlr. pr. Ctr., hochfein über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 9—10—10½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.